

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 27.

Sonnabend, den 3. Juli 1909.

13. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Lebensmittelpreise sind unerschwinglich! — Zur Aussperrung im Lithographiesteingebiet. — Vier Dokumente! — Herr Reimer macht in Jus. — Christliche Denunzianten an der Arbeit. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Zur Beachtung! — Korrespondenzen. — Rundschau. — Für die streikenden Steinarbeiter in Striegau. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Quittung. — Neue Bahnhalle. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Bildungsarbeit der Gewerkschaften. — Eine interessante Tarifstreitfrage in Strassburg i. E. — Korrespondenzen. — Literarisches. — Feuilleton: Aus der Geschichte des Strafrechts.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Rütthen (Westf.): Firma Reuter. — Regenstauf: Fa. Lochner. — Lutter a. B.: Firma Frick.

Serbade (Westf.): Die Mehrzahl der Unternehmer will den Tarif nicht anerkennen. Bei denjenigen Firmen, wo der Tarif nicht anerkannt ist, traten die Kollegen am 22. Mai in den Streik.

Leipzig: Die Sandsteinmehlen verharren weiter im Streik. Die Kollegen sollen sich Tarifpositionen, welche seit 20 Jahren Gültigkeit haben, reduzieren lassen.

Kronweiler a. d. Nahe: Am 22. Mai legten die Stein-klopfer und Steinklipper infolge Lohnreduzierung bei der Firma Matthias Graff die Arbeit nieder. Zugang ist streng fernzuhalten.

Koblentz (Rhein): Die Lohnbewegung ist beendet. Der Minimallohn beträgt 52 Pfg. und vom 1. Mai 1910 ab 55 Pfg. per Stunde.

Dortmund: Wegen Lohnunterschieden legten bei den Westdeutschen Marmor- und Granitwerken die Hauer und Schleifer die Arbeit nieder. Zugang ist streng fernzuhalten.

Beuel a. Rh. Infolge großer Lohnreduzierung legten bei der Firma Gebr. Uhrmacher sämtliche Steinarbeiter die Arbeit nieder. Zugang ist streng fernzuhalten.

Hamburg: Die Steinmehlmehler und Marmorgeschäfts-Inhaber sperren, ohne das unsererseits der geringste Anstoß gegeben wurde, zirka 130 Steinarbeiter aus. Der von beiden Kontrahenten unterzeichnete Tarif läuft laut Inhalt bis 1910. Der durch nichts gerechtfertigte Tarifbruch hat, was unter normalen Verhältnissen ein Jahrzehnt erfordert hätte, den Kollegen die Augen geöffnet und den Glauben an die Arbeiterfreundlichkeit und unbedingte Zuverlässigkeit in bezug auf Unterschrift und Wort der Arbeitgeber gründlich zerstört.

Striegau: Beim Gewerberat, Herrn Dr. Jungt in Schweidnitz, suchten unsere Kollegen um eine Vermittlung nach. Der Unternehmer-Geschäftsführer, Herr Heidrich, erklärte, von dem fünfprozentigen Lohnabzug könnte aus geschäftlichen Gründen nicht Abstand genommen werden. 30 Steinmehlen und Brecher sind soeben anderweitig in Arbeit getreten.

Solnhosen: Die Christlichen sind zum größten Teil ausgesperrt. Gauleiter Lohse, der in einer christlichen Versammlung sprach, wurde von den kirchlichen Führern unerhört beschimpft.

Sulzfeld (Baben): In dem bekannten Mühlabacher Steinbruch legten die im Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft verein organisierten Steinarbeiter einen Tarifvertrag vor, wurden aber strikt abgewiesen. Sie beschloßen darauf, die Arbeit niederzulegen. Unsere daran beteiligten Kollegen erklärten sich solidarisch. Im Auslande befinden sich 260 Mann.

Niedermending: Beim Steinmehlmehler Michel wurde, nachdem einige Versprechungen gemacht wurden, die Arbeit wieder aufgenommen. Der christliche Sekretär Schwarz aus Köln konnte es nicht unterlassen, unsere Verbandsmitglieder zu beschimpfen.

Seebergen: Die hiesigen Betriebe sind gesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Schmalldeden-Brotterode: Die Granitarbeiter bei der Firma Köppler sind wegen Lohnunterschieden am 28. Juni in den Streik getreten.

Oesterreich-Ungarn: Gesperrt sind: Ofeg, Prag, Neuhaus, Wiener-Neustadt, Triest, Döva, Karánsebes, Temesvár. — Schrems. Der Polier Gottfr. Rühl will in Deutschland 100 Pflastersteinarbeiter für die Firma Armann in Epenbach werben. Die Organisation ist der Firma ein Greuel.

Belgien: Ecauffines. Die Meister haben am 17. Juni Plakate angeschlagen, daß am 21. Juni sämtliche Werk-

plätze geschlossen werden. Es kommen durch diese Aussperrung 2800 Mann in Betracht. — Also eine Massenaussperrung.

Die Lebensmittelpreise sind unerschwinglich!

Die wirtschaftliche Krise hat namenloses Elend über die Arbeiterklasse Deutschlands gebracht. Die Arbeitslosigkeit ist noch nicht behoben. In zahlreichen Industriezweigen werden Feierschichten eingelegt, und die Löhne sind gesunken. So mußte das Einkommen der Arbeiter ganz bedeutend sinken. Gleichzeitig aber sind die Preise für Lebensmittel stark gestiegen. Entsprechend dem Getreidepreise sind auch die Brotpreise erhöht worden: die Brotlaibe und die Semmeln werden kleiner gemacht. Aber auch andre Lebensmittel stehen hoch im Preise. — Die Vossische Zeitung bringt regelmäßig eine Zusammenstellung der Preise einer Reihe von Handelsartikeln, wobei die Durchschnittspreise für die Jahre 1889 bis 1898 gleich 100 gesetzt sind. Es ergibt sich da folgendes:

	Das Preisniveau war im April 1908	im April 1909
Roggen	128,3	119,7
Weizen	120,4	140,2
Kartoffeln	107,7	123,8
Rinder	119,0	111,1
Schweine	102,7	117,1
Kälber	138,8	150,4
Lamm	128,6	127,3
Schmalz	123,8	156,1
Butter	114,2	109,7

Es ist also der Weizenpreis um 40,2 Prozent höher als im Durchschnitt jener zehnjährigen Periode, der Roggenpreis um nahezu 20 Prozent höher, die Viehpreise um 11,1 bis 56,1 Prozent höher usw. Unter jenes Preisniveau sind von Lebensmitteln nur Zucker, Kaffee und Heringe gesunken. Dazu kommt, daß die Preise in den letzten Monaten fast durchweg eine steigende Tendenz aufweisen. Die Indizes für April sind bei Getreide, Fleisch und Kartoffeln höher als für März.

Arbeitslosigkeit, gemindertes Einkommen der Massen und steigende Preise der Lebensmittel, das ist das Kennzeichen der deutschen Wirtschaftspolitik. So will es die herrschende Klasse. Denn daran ist festzuhalten: die Teuerung der Lebensmittel ist eine Folge von künstlichen Maßnahmen. Man erhöht die Zölle, um den Profit der Agrarier zu erhöhen, man sperrt die Grenzen ab, um die Preise künstlich in die Höhe zu schrauben, und die Arbeiterklasse fühlt am eignen Leibe die Folgen dieser infamen Politik.

Man sprach von der Not der Landwirtschaft. Die Zeiten sind vorüber, und der unverwundteste Agrarier wagt es heute nicht mehr, zu behaupten, daß die Landwirtschaft unrentabel sei. Die Preise der Güter sind enorm in die Höhe getrieben worden, besonders in Ostelbien; der beste Beweis, daß die Bodenrente wächst, daß die Großgrundbesitzer und Großbauern glänzende Geschäfte machen.

Sie machen sie auf Kosten der Lebenskraft der Nation, auf Kosten der Arbeitermassen, die darben und daher ihre Kräfte vorzeitig aufreiben. Es ist eine längst bekannte Tatsache, daß schon seit Jahrzehnten in Deutschland die Arbeiter, Kleinbauern, kleinen Handwerker und Hausindustriellen durch andauernde Unterernährung ihre Gesundheit ruinieren, daß die Kinder und Frauen besonders infolge dieser Unterernährung in frühzeitiges Siedtum verfallen. Daran aber hat die Wirtschaftspolitik des Deutschen Reichs die Hauptschuld. Diese Tatsache versucht man abzuleugnen, indem man darauf hinweist, daß auch in andern Ländern die Belastung des Konsums durch indirekte Steuern sehr hoch sei, daß z. B. England ebenfalls sehr hohe Einnahmen aus diesen Steuern ziehe. Indessen ist dieser Vergleich durchaus falsch. Wenn z. B. der englische Statistiker Rosenbaum herausrechnet, daß die Abgaben auf Nahrungsmittel und eßbare Genussmittel pro Kopf der Bevölkerung in England 6 Schilling 5 Pence betragen, in Deutschland aber 9 Schilling 10 Pence, so ist damit noch gar nichts gesagt. Denn die englischen Abgaben bestehen zum großen Teil in Zöllen auf Lebensmittel, aber nur auf solche, die nicht im Lande produziert werden. Diese Zölle verteuern also nicht die Landesprodukte. In Deutschland ist es umgekehrt: nicht nur das Getreide, das Fleisch, die Butter, die Eier usw., die aus dem Auslande eingeführt werden, werden verteuert, sondern auch die inländischen Produkte. Professor Julius Wolf berechnete jüngst die nichtfiskalische Zollbelastung — d. h. die Verteuerung der im Inlande produzierten Lebensmittel infolge der Zölle — auf rund eine Milliarde Mark, was etwa 16 Mark pro Kopf der Bevölkerung ausmacht. Daß diese indirekten Steuern die Arbeiter, die Unbemittelten, besonders schwer treffen, ist eine längst erwiesene Tatsache. Vor kurzem hat Gerloff in einer sehr exakten Arbeit von neuem den ziffernmäßigen Beweis erbracht. Er berechnete den Konsum auf Grund genauer Haushaltungsrechnungen und berechnete dann weiter die Steuern, die beim Konsum ent-

richtet wurden. Das Ergebnis war folgendes: Es betragen diese Steuern in Prozenten des Einkommens:

bei Haushaltungen mit einem Einkommen	Prozente des Einkommens die die indirekten Steuern erfordern
von 4000 bis 6000 Mk.	1,32 bis 1,93
" 2000 " 4000 "	1,22 " 3,22
" 1200 " 2000 "	3,63 " 5,14
" 800 " 1200 "	4,37 " 6,27
unter 800 "	4,39 " 6,50

Das sind ungeheuerliche Zahlen. Eine Arbeiterfamilie, die mit einem Einkommen von 1000 Mk. und weniger im Jahre auskommen muß, zahlt bis 65 Mark indirekte Steuern. Mehr als ein Zwanzigstel des fargen Einkommens wird durch die künstliche Verteuerung der Lebensmittel konfisziert zugunsten des Fiskus und der Agrarier! So wird die Unterernährung herbeigeführt. Die Mutter muß die Rationen ihrer Kinder knapp halten, darf ihre Kinder nicht satt werden lassen, weil die Junkerpolitik das Brot, die Butter, das Fleisch und die Milch verteuert.

Jetzt soll es noch schlimmer kommen. 400 Millionen Mark indirekter Steuern sollen den Massen von neuem aufgebürdet werden. Bier und Tabak sollen verteuert werden, das Brot soll durch die Mühlenumschneuerung von neuem verteuert werden, Kaffee soll verteuert werden, Kohlen und Streichhölzer sollen verteuert werden. Und abermals bleibt es nicht bei den 400 Millionen Mark, denn es ist zu befürchten, daß Bier, Branntwein, Tabak, Mehl und Kohlen um mehr als den Betrag der Steuern verteuert werden. 400 Millionen Mark, das sind rund 6.600 Mark pro Kopf, rund 33 Mark pro Familie von 5 Köpfen. Noch weiter wird die Belastung steigen, noch mehr wird die Arbeiterfamilie ihren Konsum einschränken müssen, noch größer werden die Opfer werden, die Krankheit und Tod infolge der Unterernährung fordern.

Das ist in normalen Zeiten. Jetzt wütet die Krise. Der Verdienst ist gesunken, das Einkommen ist gesunken. Nach Hunderttausenden zählen die Arbeitslosen, nach Millionen zählen die Arbeiter, deren Wochenlohn um $\frac{1}{4}$, um $\frac{1}{3}$ und mehr gesunken ist infolge der gekürzten Löhne und der Feierschichten. War in normaler Zeit schon Schmalhans Küchenmeister, so hat jetzt das bloße Elend sich in Millionen Arbeiterfamilien eingenistet.

Und das Schändliche, das niederträchtige ist: diese Preise sind künstlich gesteigert durch die Brotwucherpolitik der herrschenden Clique.

Welch grenzenloser Hohn liegt darin: Millionen leiden unverschuldet unter der Krise, Millionen leiden, weil die wahnwitzige Wirtschaft des Kapitalismus die fleißigen Arme zum Ruhen zwingt, und während dieser Zeit des Elends raffen die Agrarier ungeheure Profite ein, indem sie sich das Korn weit über den Wert bezahlen lassen.

Die Krise ist noch schlimmer werden. Die Krise ist noch nicht zu Ende. Hier und da zeigen sich kleine Ansätze zum Besseren, aber auf vielen Gebieten droht noch weitere Einschränkung der Produktion. Die Lebensmittelpreise aber steigen. Eine knappe Ernte steht bevor, das Brot wird teurer werden.

Gibt's kein Mittel, dem zu steuern? O doch! Da künstliche Mittel die Teuerung mit bewirkt haben, liegt es in unsrer Hand, ihr entgegenzuwirken. Fast ist es zu spät. Die wahnwitzige Wirtschaftspolitik hat dazu geführt, daß die reiche Ernte Deutschlands vom letzten Jahre ins Ausland ging. Die Regierung gewährt Ausfuhrprämien in Form der Einfuhrscheine, und deshalb hat man das Korn ausgeführt. Aber noch ist es möglich, den Preis zu brüden. Man hebe die Einfuhrscheine auf und beseitige die Zölle, dann muß das Korn billiger werden. Der Weizen kostet heute 270 Mk., der Roggen 198 Mk.; der Zoll beträgt 55 Mk. auf Weizen, 50 Mk. auf Roggen. Wird der Zoll aufgehoben, dann wird der Weizenpreis um ein Fünftel, der Roggenpreis um ein Viertel herabgesetzt. Wahrscheinlich um noch mehr, denn durch die Deckung der Grenzen würde den Spekulanten das Handwerk gelegt, die heute die Preise in Deutschland um mehr als den Betrag des Zolles über den Weltmarktpreis gesteigert haben.

Die Krise verursacht Elend genug, es ist ein Verbrechen, das Elend noch durch den Brotwucher zu verschlimmern. Deshalb die Grenzen auf!

Zur Aussperrung im Lithographiesteingebiete.

Aus Langenältheim wird uns geschrieben: Kürzlich tagte hier eine Versammlung der Lithographiesteinarbeiter, die dem „Deutschen Steinarbeiter-Verband“ angehören und nicht von der Aussperrung betroffen wurden. Kollege Boehm befaßte sich in seinem Referat eingehend mit der gegenwärtigen Situation. Einen geschichtlichen Rückblick gebend, kam er zur Gegenwart und hob hervor, daß es nun gilt, zu entscheiden, ob wir für die christlichen Kollegen im momentanen Kampfe einzutreten haben.

Ebenso sehr, wie er die Aussperrung selbst bedauerte, bewegten ihn die gleichen Gefühle, wenn er alle die Bedenken hervorheben mußte, die bei dieser Frage für die Freiorganisierten in Betracht kommen. Von allem Anfang an wurden wir, trotz Ersuchens, bei den Verhandlungen ein Mandat zu erhalten, ignoriert. Ferner: wie viele Versuche hatten die Christlichen schon gemacht, um die verhassten „Rotten“ hinauszukriegen! Alle diese einzelnen Fälle betrachtet, haben wir Veranlassung, mißtrauisch zu sein. — Redner appellierte an die Kollegen, selbst zu entscheiden. Gauleiter Lohse-Würzburg behandelte die wirtschaftliche Bedeutung dieses Kampfes. Zu den Bedenken, welche Boehm hegte, könnte er noch die Behandlung hinzufügen, die er in einer Versammlung der Ausgesperrten wenige Stunden vorher in Mörnsheim erfahren durfte, als er auf Angriffe antworten wollte. Bemerkenswert ist auch, daß in dieser Versammlung der 2. Zentralvorstand der Christlichen, Tremmel, mit Emphase hervorhob, daß die Unternehmer froh sein sollen, daß die Bewegung nicht in die Hände der Sozialdemokraten gekommen sei, denn sonst ginge es ihnen (den Unternehmern) noch schlechter! Herr Tremmel empfiehlt also den Unternehmern als Vorbeugungsmittel gegen die Freiorganisierten sehr warm die Christen und sagt zugleich, daß diese jene gründliche Arbeit machen würden! Ferner ist noch interessant, daß Herr Tremmel sich bereit erklärte, der „Mörnsheimer Genossenschaft“ die Konventionalstrafe an den Industriellenverband zu erlegen, wenn diese Firma arbeiten ließe! Lohse führte an, daß dieses alles zu erwägen sei. In geheimer Abstimmung, der noch eine sehr lebhaft debattierte Voraussage, erfolgte der Beschluß, vorläufig weiter zu arbeiten! Müßen nun die modern organisierten Steinarbeiter arbeiten, so ist niemand schuld daran, als die Führer der Christlichen durch ihr unsolidarisches Benehmen und dadurch, daß sie die Schikanen ihrer Mitglieder unsern Kollegen gegenüber billigten und unsere Organisation so wegwerfend behandelten.

Zur Aussperrung wird uns ferner aus Solnhofen geschrieben: Während man sonst in hiesiger Gegend die Auffassung gewinnen mußte, besonders in bezug auf Einhaltung der Sozialgesetzgebung in den Lithographiebetrieben, daß ein Mangel an Polizeiorganen vorhanden sei, ist dieses nun anders. Die Regierung beglückte Solnhofen mit einer Verstärkung der Gendarmeriestation zur Bewachung der Ausgesperrten. Die Redaktionen, die von der heiligen Hermandad wegen der geringfügigsten Ereignisse angestellt werden, gehen ins Lächerliche und stärken sicher nicht die Autorität der Polizei. Sieht etwa so die Freundlichkeit durchgefallener liberaler Kandidaten aus, die das Weissenburger Bezirksamt repräsentiert? Vor Wahlen ist's anders! Wir verurteilen diese Stellung des Bezirksamts ganz entschieden und hoffen, daß die hier überflüssige polizeiliche Kraft anderweitig im Interesse der Sicherheit verwendet wird! — Gleichzeitig weisen wir auch die Angriffe der Zentrumspresse zurück. Durch den Bericht aus der Langenltheimer Versammlung der Freiorganisierten fällt ja dieses Lügengebäude in sich selbst zusammen. Daß unsere hiesigen Kollegen in diese unklare Situation gedrängt wurden, daran ist nichts anderes schuld als das mißtrauerregende Benehmen der Christlichen und das unsolidarische Verhalten der Herren Tremmel und Konsorten, durch Verweigerung des erbetteten Mandats für die Minderheit bei den Verhandlungen. Das steht fest!

Unsere Kollegen werden selbstverständlich ab 1. Juli die Arbeit verweigern. Die Christlichen unternehmen jetzt schon die größtlichen Verleumdungen, um uns unmöglich zu machen. Die letzte Gewerkschaftsstimme bringt einen ganz irreführenden Bericht über unsere taktischen Maßnahmen. Herr Tremmel und Konsorten sind saubere Arbeitervertreter, wenn sie in der Zeit, wo Einigkeit am Platze wäre, Mißstimmung erzeugen. Wenn die Christlichen den Kampf verlieren sollten, dann kann man mit Sicherheit darauf rechnen, daß sie uns dafür verantwortlich machen werden. Das tun sie schon, um bei den Unternehmern wieder lieb Kind zu werden. Natürlich ist es unser dringendster Wunsch, daß die Lohnreduzierungen abgewehrt werden können.

Vier Dokumente!

Wer hält die gelben Arbeiterführer aus?

Vom Schloß Fürstenstein (Schlesien) ging der „Breslauer Volkswacht“ folgendes hochinteressante Dokument zu, das den Generaldirektor der Fürstlich Pleßschen Gruben zum Urheber hat:

1. Mit einem Herrn vom Reichsverbande und Ermert ist gestern Herabsetzung der Gehaltsansprüche vereinbart worden. Ermert will auch für 5000 Mark die Stelle übernehmen, beansprucht dann aber längere Anstellung (auf 3 oder 5 Jahre), Ersatz der Umzugskosten für Herreise und eventuell auch für die Rückreise, falls eine frühere Lösung des Verhältnisses eintreten sollte.

Da auch 5000 Mark nach außen hin noch recht hoch erscheinen, so ist mit Ermert vereinbart worden, daß er beim Verbandsrat nur 3000 Mark fordert, für die weiteren 2000 Mark aber anderweitig — etwa seitens des bergbaulichen Vereins — Sicherung bekommt. Im übrigen machte Ermert einen vorzüglichen Eindruck und erscheint für die Stelle unbedenklich geeignet.

2. Die Mitteilungen des Reichsverbandes über ihn werden dem bergbaulichen Verein, dem Landrat (mündlich), dem Arbeiterwahlverein mitzuteilen sein.

3. Es beginnt in Berlin demnächst ein neuer Rednerkursus, zu dem auf Wunsch Seiner Durchlaucht des Prinzen Leute von uns geschickt werden sollen.

4. Zum Vortrag bei Seiner Durchlaucht. Reindorff.

Daneben ging der „Volkswacht“ noch ein sauberes Protokoll über die Vorstandssitzung des Vereins der niederschlesischen Grubenkapitalisten vom 9. Mai 1907 zu, die sich in liebenswürdiger Weise mit den finanziellen Verhältnissen des Arbeiterführers Ermert beschäftigt:

Zu Punkt 4 der Tagesordnung kam das Gesuch des Arbeitersekretärs Ermert um Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten zweier Reisen in Angelegenheiten der Gründung eines Verbandes reichstreuer Arbeiter für Deutschland zur Verlesung.

Für wiederkommende gleiche Fälle wurde es als zweckmäßig anerkannt, die Reisekostenvergütung für Herrn Ermert ein für alle Male fest zu bestimmen. Demgemäß wurden an Tagelohnern 10 Mk. und an Reisekosten das Fahrgeld dritter

Eisenbahnwagenklasse bewilligt. Auf den vorliegenden Fall angewendet, sind diese Kosten für eine Reise nach Frankfurt a. M. für vier Tage und für eine Reise nach Berlin für drei Tage zu berechnen. Die von Herrn Ermert gleichzeitig erbetteten Mittel zur Mitreise nach Berlin für vier bis fünf Delegierte der reichstreuen Bergarbeitervereine im niederschlesischen Revier wurden in derselben Höhe und demselben Betrage für jeden Teilnehmer (bis höchstens fünf) bewilligt.

Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens.
Anwendung:
Dr. Grunenberg. Schulte. Moeller. Heintke. Tittler. Köhner. Balzer. Arends. Hammer.

Nun weiß man, was von der Berichtigung des Herrn Ermert zu halten ist, die er der „Bergarbeiterzeitung“ sandte und die mit den Worten begann:

1. Es ist un w a h r, daß ich als Sekretär des Reichstreuen Bergarbeiterverbandes 5000 Mark Gehalt beziehe, sondern laut Anstellungsvertrag beträgt mein Gehalt 3000 Mark.

Laut Anstellungsvertrag — der Mann sagt die Wahrheit! Die weiteren 2000 Mk. bekommt er von den Grubenkönigen (aus dem Mehrwert der Arbeit) direkt ausbezahlt, ebenso die Reisekosten und Diäten, die er „im Interesse der Arbeiter“ verbraucht. Welche Gegenleistungen das Kapital von seinem ausgehaltenen Diener dafür verlangt, darüber informiert das folgende Dokument:

Geehrter Herr Ermert!
Im Anschluß an die letzte Unterredung mit Ihnen habe ich mir die Frage der Stellungnahme des Arbeitnehmerbundes zu den Streiks noch einmal im Hinblick auf die im Laufe der Unterhaltung von Ihnen erwähnte wirtschaftliche Unterstützung dieses Arbeitnehmerbundes überlegt. Ich bin dabei zu dem Schluß gekommen, daß eine derartige Unterstützung von hier aus nicht in Aussicht genommen werden kann, solange der Verein in den Sitzungen den Streik als zulässige Möglichkeit aufgeführt und ersuche Sie deshalb, nicht nur mit Rücksicht auf eine Unterstützung, sondern im Hinblick auf die Stellungnahme des sicherlich überwiegenden Teiles der Arbeitnehmer zu dem neuen Bunde überhaupt eringend dahin zu wirken, daß die jegliche den Streik nicht direkt abwehrende Bestimmung aus Ihren Satzungen heraustritt und daß ein direkter Beschluß gefaßt wird, wonach die Streiks grundsätzlich gemißbilligt und von Seiten des Bundes nicht unterstützt werden. Es ist das, wie ich Ihnen ja schon mündlich anführte, meiner Ueberzeugung nach unbedingt nötig, wenn der Bund eine andre Würdigung seitens der Arbeitgeber erlangen will, wie sie die christlichen Gewerkschaften, schließlich auch die Christ-Dunderschen Vereine zurzeit haben, was ich im Interesse der Sache für außerordentlich wünschenswert halten möchte.

Hochachtungsvoll ergebenst
R. Reindorff.

Der famose Ermert ist nun genügend durch diese Dokumente gekennzeichnet. Als gelber Arbeitersekretär wird er ja sein Amt nicht niederlegen, denn die 5000 Markl wird er mit großer Freude einsacken. — Eine solche gesinnungslumperei ist uns noch nicht vorgekommen.

Herr Reimer macht in Jus.

Ueber die Bauarbeiteraussperrung in Hamburg-Altona sind unsere Leser unterrichtet worden. Die Steinmehnen mußten ebenfalls die Unternehmerwillkür fühlen, denn die Innungsmeister sperrten unsere Kollegen ohne jeden Grund aus. Es sei konstatiert, daß unsere Verbandsmitglieder keine Lohnforderung gestellt haben, weil der Tarif bis 1910 gültig ist. Die Steinarbeiter halten als reelle Kontrahenten diese Abmachungen. Die rechtlichen Anschauungen der Meister dagegen lassen erkennen, daß für sie keine Abmachung bindend ist.

Sogar bürgerliche Blätter in Hamburg müssen sich bequemen, die Handlungsweise der Steinmehnen als glatten Tarifbruch zu kennzeichnen. Wenn sogar die Gesinnungsgenossen des Herrn Reimer eine solche flagrante Rechtsverletzung Tarifbruch nennen, dann muß dieser Hinweis die Arbeitgeber besonders schmerzhaft berühren.

Reimer reinigt die Arbeitgebermaßnahme mit folgender juristischen (!) „Definition“:

In der Freitags-Nummer Ihres geschätzten Blattes („Hamburger Fremdenblatt“, D. Red.) schreiben Sie unter der Rubrik „Lohnbewegung im Baugewerbe“ wörtlich: „Zwischen bestehenden Tarifverträgen haben die Steinmehnen ihre Gehilfen sämtlich ausgesperrt“. Wir erlauben uns hierzu ergebenst zu bemerken, daß eine derartige Bekanntmachung wohl geeignet ist, im Publikum den Anschein zu erwecken, daß unterjenseits ein Tarifbruch stattgefunden habe; wir sehen uns aus diesem Grunde veranlaßt, Sie höflichst zu bitten, eine Berichtigung in Ihrem geschätzten Blatte erscheinen zu lassen.

Wir haben mit unsern Gesellen vom 1. Januar 1909 bis 31. März 1910 einen Tarif abgeschlossen. Dieser Tarif, der ausdrücklich den Namen „Tarif über Arbeitszeit, Tagelohn und Akkordpreise“ trägt, betrifft, wie Sie schon aus dieser Bezeichnung ersehen wollen, lediglich die Regelung der Lohnverhältnisse und der täglichen Arbeitszeit, die festgelegt sind auf 90 Pfg. pro Arbeitsstunde bei 8 1/2 stündiger Arbeitszeit. Irrendwelles Kündigungsverhältnis zwischen den Steinmehnen und uns existiert nicht, so daß die Gesellen jederzeit die Arbeit verlassen können (!!), sofern sie nicht Akkordarbeiten übernehmen haben, und uns andererseits das Recht bleibt, unsere Gesellen zu jeder Stunde zu entlassen.

Das letztere ist von uns am Mittwoch, den 9. Juni, geschehen. Hieraus einen Tarifbruch abzuleiten, ist daher durchaus unrichtig und nicht anzügig, da alle tariflichen Abmachungen zwischen uns und unsern Gesellen sich ausschließlich auf den Lohnsatz und die tägliche Arbeitszeit erstrecken. Unsere Arbeitsordnung besagt ferner, daß ein Kündigungsverhältnis zwischen uns und unsern Arbeitnehmern nicht existiert. Schon dies beweist, daß eine Entlassung der Gesellen durchaus kein Tarifbruch sein kann, da Entlassungen mit dem vereinbarten Tarif überhaupt in keinem Zusammenhang stehen.

Hochachtungsvoll
namens der Fachabteilung der Steinmehnen:
J. Reimer.

Die Unternehmer sind ganz ungeschuldig. Tarifbruch haben also sie nicht begangen. Wie steht es aber in Wirklichkeit? Die Steinmehnen kommen den Bauunternehmern zu Hilfe, sie unternehmen eine Sympathieaussperrung, und das nennt man Tarifbruch. Einige Unternehmerkorporationen in Hamburg haben solche Arbeiterentlassungen abgelehnt mit der Motivierung, daß das Tarifbruch sei. Die Meister haben beifallsweise ihre Gesellen weiterarbeiten lassen. Diese Stellungnahme ist korrekt.

Herr Reimer hätte besser getan, seine Berichtigung im Zintensaß zu lassen.

Christliche Denunzianten an der Arbeit.

Es ist eine längst bekannte Tatsache, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften im Kampfe gegen die Zentralverbände immer wieder die christliche Religion in den Vordergrund schieben und sich als die berufenen Schützer derselben gegen die Angriffe der Sozialdemokratie aufstellen. Namentlich auf dem Lande wird diese Kampfmethode fleißig angewendet und eifrig der Zitatenfaß geschwungen. Alles ist gut genug, um den

freien Gewerkschaften fanatischen Religionshaß andichten zu können. So ist es auch in Riekersfelden, wo sich die Christlichen wacker bemühen, den Beweis zu liefern, daß sie eigentlich würdig wären, unter dem Kommando des großen Arbeiterverrätters Lebus zu stehen. Da schleimt sich im „Münchener Tageblatt“ wieder einer von diesen Gewappelten gründlich aus. Er erhebt ein groß Geseire über die Gottlosigkeit der freiorganisierten Steinmehnen in Riekersfelden, die es sich zur Aufgabe gemacht hätten, Recht und Ordnung aus den jugendlichen Herzen der Steinmehnenlehrlinge zu reißen, indem sie eine Jugendorganisation gründeten. Schon erkennt der christliche Zeilenschmieder an verschiedenen Ausprüchen 18-jähriger Knirps die verheerenden Wirkungen des zerfetzenden Giftes der Umsturzpartei. Wie ein Ritter Sankt Jürg fordert er mit flammendem Zorn die auf christlichem Boden stehenden Arbeiter zum Kampfe gegen die roten Jugendverderber auf, um mit einem erbärmlichen Gewinn um die Hilfe der Direktion des Marmorwerkes zu schließen. Es fällt dem Manne offenbar schwer, in einer Zeit zu leben, in der es keine Scheiterhaufen mehr gibt, denn sonst könnte er nicht ein solches Wehegeheul anstimmen. Hinter dem heuchlerischen Entrüstungsgeheul verbirgt sich die ohnmächtige Wut, daß die wegen ihrer Haltung in der jetzigen Lohnbewegung auf den Aussterbetat gestellte freie Organisation immer noch Mitglieder gewinnt. Die dortigen christlichen Drahtzieher werden den Moment nie erleben, in dem die freie Organisation in Riekersfelden gefallen ist und sie, den schwarzen Kampfschild mutig in die Büsche schleudernd, mit fliegenden Fahnen ins gelbe Lager marschieren können. Bis man die Arbeitskraft unserer Kollegen in den Riekerer Werken nicht mehr braucht, wird noch viel Wasser im Inn herablaufen und auch noch mancher „Schwarz“ ein „Roter“ geworden sein. Deshalb werden unsere Kollegen nach wie vor getreu an dem Ausbau ihrer Zahlstelle weiter arbeiten, ohne sich im geringsten um die ohnmächtigen Wutausbrüche dieser schwarzgelben Pharisäer zu kümmern.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

In den letzten Tagen sind die Statistikkarten, die am 1. Juli erneuert werden, zum Versand gekommen; sollte eine Zahlstelle übersehen sein, ersuchen wir um sofortige Mitteilung. Der Sendung lagen auch 2 Zusammenstellungsformulare bei (A und B) für die Bearbeitung der Statistik vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909. Das Formular B ist dem örtlichen Statistiker zu übergeben, während Formular A vom Vorsitzenden der Zahlstelle nach dem Stande der örtlichen Verhältnisse vom 30. Juni 1909 auszufüllen ist. Beide Formulare wollen man zusammen wieder an unsere Adresse einsenden!

Zur Bearbeitung der örtlichen Ergebnisse seien die Ortsstatistiker auf die Anleitung im Leitfaden verwiesen.

Der die Statistikkarte nicht abliefern, ist auf die Resolution des Kasseler Verbandstags aufmerksam zu machen und hat keine Ursache sich zu beklagen, wenn ihm die Vorteile der Verbands-einrichtungen entzogen werden!

Am 1. Juli 1909 trat die Sterbenunterstützung in Kraft. Diese Unterstützung (30 Mark) wird den Hinterbliebenen auf Anweisung des Zentralvorstandes ausgehändigt, wenn der Verstorbene mindestens 3 Jahre organisiert gewesen war, unbekümmert, ob volle Beitrags- oder Erwerbslosenmarken geklebt sind. Als bezugsberechtigt gelten die Frau, die Kinder bzw. deren Vormund; nachzuweisen ist jedoch, daß der Verstorbene für den Unterhalt der Familie sorgte. Als bezugsberechtigt gelten bei ledigen Mitgliedern auch die Eltern bzw. Geschwister, wenn der Verstorbene die Fürsorge für diese bei Lebzeiten übernommen hatte. Im andern Falle steht den Hinterbliebenen, resp. den Angehörigen des Verstorbenen kein Recht auf die Sterbenunterstützung zu.

Die Entscheidung über die Berechtigung der Unterstützung trifft nur der Verbandsvorstand und ist erstere nur auf Anweisung des Vorstandes auszuführen. Die Anträge sind spätestens 4 Wochen nach dem Sterbetage an den Verbandsvorstand nebst Mitgliedebuch und Sterbeurkunde einzureichen. Nach dieser Zeit können Ansprüche nicht mehr erhoben werden!

Die übermittelten Bücher müssen, soweit der Beitrag in Frage kommt, bis zum Sterbetag in Ordnung sein; die Bücher bleiben im Zentralbureau, und den Zahlstellen wird für die ausfallende Buchnummer ein neues Buch mit derselben Nummer überwiesen.

Zur Quittung der auszuführenden Unterstützung wird bei Retourierung der Sterbeurkunde dieser ein besonderes Quittungsformular beigelegt, nur Auszahlungen auf diesen Quittungen werden mit den Zahlstellen verrechnet!

Desgleichen trat ab 1. Juli die erhöhte Krankenunterstützung von 12 Wochen = 54 Mark für diejenigen Mitglieder in Kraft, welche seit 1. Juli 1906 156 volle Beitragsmarken geleistet haben. Zur besseren Uebersicht sei auf § 5, Abs. 5 b und c des Statuts verwiesen, welche folgendermaßen lauten:

- b) die Unterstützung beträgt pro Tag 75 Pfg., pro Woche, letztere zu sechs Tagen gerechnet, 4.50 Mark. Die erste Woche wird nicht unterstützt. Von der zweiten Woche (achter Tag) beträgt die Dauer der Unterstützung:
bei 52 wöch. voll. Beitragsleist. bis zu 6 Woch. = 27.— Mk.
" 104 " " " " " 9 " = 40.50 "
" 156 " " " " " 12 " = 54.— "

c) innerhalb eines Jahres wird die Gesamtunterstützung nur einmal gewährt. Ausgesteuerte Mitglieder haben erst nach 26 wöchentlich vollter Beitragsleistung wieder Anspruch auf Unterstützung. Bei Kranken, die in verschiedenen Zeitperioden innerhalb eines Jahres erkranken, werden die Unterstützungswochen zusammengerechnet, bis die nach der Beitragsleistung in Betracht kommende Höchstsumme erreicht ist; bei wiederholten Krankmeldungen an ein und derselben Krankheit kommt die achtstägige Karenzzeit in dem Unterstützungsjahr nur einmal in Anrechnung.

Die Kranken Mitglieder haben sich spätestens in der zweiten Krankheitswoche bei der Ortsverwaltung zu melden. Die Meldung beim Zentralvorstand durch die Ortsverwaltung hat innerhalb eines Monats zu geschehen.

Bei Auszahlung der Unterstützung hat der Kassierer sich jedesmal eine Bescheinigung über die Erwerbsunfähigkeit vorlegen zu lassen.

(Die erhaltene Unterstützung ist in das Mitgliedebuch einzutragen.)

Wegen Streikbruchs ist der Steinmeh Hermann Bernhardt, Zahlstelle Chemnitz, aus dem Verbands ausgeschlossen worden.

Zur Beachtung.

Die Berichterstattung bei Lohnbewegungen und Streiks muß eine schnellere und umfassendere werden. Die diesbezüglichen Mitteilungen gehen uns meist Dienstags abends oder Mittwochs früh zu. Wir sind dann mit dem besten Willen nicht mehr in der Lage, die Einblendungen in der fälligen Nummer noch unterzubringen. Durch Zurückstellen sind die Notizen dann veraltet. Die Mitteilungen müssen auch substantiell sein; es ist zum Beispiel genau anzugeben, welche materiellen Vorteile die Lohnbewegung gebracht hat. Allgemeine Redewendungen wie: Tarif zu unsern Gunsten abgeschlossen, sind zu unterlassen.

An die Gau- und Lokalverwaltungen richten wir das dringendste Ersuchen, mit der diesbezüglichen Berichterstattung recht fleißig zu sein.
Die Redaktion.

Korrespondenzen

Ansbach. Die Maurer stehen hier im Streik, die Steinmehrer sind daran ebenfalls beteiligt, das heißt, soweit organisierte Kollegen in Frage kommen. Die Nürnberger Gauleitung schreibt nun im „Grundstein“, siehe Nummer 28: „Recht mißliche Verhältnisse haben sich auch mit den Steinmehrerherausgebildet. Auf Veranlassung ihres Gauleiters nahmen sie die Arbeit auf, welche die zum Teil unserm Verbandsangehörigen Streikenden hatten liegen lassen. Erst als wir diesen Mitgliedern Unterstützung zusagten, waren sie bereit, die Arbeit wieder einzustellen. Ihre Organisation hat ihnen bis zum heutigen Tage noch keine Unterstützung gewährt.“ Wir haben dazu zu bemerken: Unsere Mitglieder, zwei Mann, erhalten ihre Streikunterstützung von unserm Verbandsangehörigen Steinmehrer, die übrigen Steinmehrer gehören dem Maurerverbande an. Die unorganisierten Steinmehrer zu unterstützen — denn um solche handelt es sich — liegt nur im Interesse des dort sich im Streik befindlichen Maurerverbandes. Der Vorwurf, daß unsere Verbandsmitglieder sozusagen Streikarbeit leisteten, ist völlig unbegründet. Für die Unorganisierten lassen wir uns natürlich nicht verantwortlich machen. In Ansbach sind überdies einige Steinmehrer schon seit längerer Zeit beim Maurerverbande organisiert, und es zeigt sich auch hier wieder, daß es zu Unregelmäßigkeiten kommen kann, wenn die Steinmehrer nicht ihrem Berufsverbande angehören.

Beutha. Unsere Versammlung am 20. Juni war äußerst stark besucht. Es waren über 200 Kollegen erschienen, desgleichen viele Frauen. Unser Vorsitzender Schlegel hatte auch an die Amtshauptmannschaft ein Schreiben gerichtet, ob sie nicht einen Vertreter zur Versammlung entsenden möchte, denn die Tagesordnung sei von großer sozialer Bedeutung. Es kam natürlich ein Ablehnungsschreiben; eine nähere Begründung war nicht angegeben. — Ueber die Bedeutung der Bundesratsverordnung referierte Staudinger. Schlegel und Kuckdäschel machten wirkungsvolle Ergänzungen. Die hiesigen Kollegen werden alles aufbieten, daß der § 4 der Bundesratsverordnung in umfassender Weise durchgeführt wird. Wenn jetzt die Kollegen gleich Nachhilfe üben wollten, so sei das verkehrt. Dann wurde eine Eingabe an die sächsische Regierung verlesen, in welcher verlangt wird, daß für den hiesigen Bezirk ein Amtsbruchmeister angestellt werden soll. Die Eingabe ist sehr eingehend spezifiziert, wir erwarten, daß sie auch Erfolg hat. Auch zu diesem Punkt war die Debatte sehr interessant. Der Vorsitzende gab bekannt, daß in einer der nächsten Versammlungen Kollege Staudinger über das Thema: „Die Entstehung der Gezeime“ referieren wird. Die Ortsverwaltung erwartet, daß auch diese Versammlung massenhaft besucht werden wird.

Beuthen (O.-Schl.). Am Dienstag, den 15. Juni, fand unsere öffentliche Steinmehrerversammlung statt, welche verhältnismäßig gut besucht war. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Wahl eines neuen Kassierers, fand eine erregte Debatte statt. Beim 2. Punkt ging es gleichfalls etwas lebhaft her, weil einige Kollegen auf die Annonce im „Steinmehrer“ sehr enttäuscht waren. Laut dieser Annonce ist der Bunzlauer Tarif anerkannt, dieses hört sich schön an, es wird aus dem Bunzlauer Distrikt kein Stein verarbeitet. Hauptsächlich kommt nur harter polnischer Stein in Frage bei 15–20 Prozent Härtezulage. Die auf diese Annonce angelockten Kollegen sind zum größten Teil wieder abgereist, sie sind aber um eine Enttäuschung reicher geworden. Es wäre erfreulich, wenn unsere Redaktion nicht so leicht berartige Annoncen aufnehmen würde. (Anmerkung der Redaktion: Wäre uns dieser Mißstand bekannt gewesen, dann hätten wir ohne weiteres die Annonce abgelehnt.) Nach dieser Debatte wurde die Bundesratsverordnung in Erinnerung gebracht. Es herrschen hier kaum gläubige Mißstände. Die Firma E. Rosenthal besitzt drei Plätze, davon zwei in Beuthen und einen in Rattowitz. In Beuthen auf dem neuen Platz könnte man sich vorstellen, diesen als musterhaft zu gestalten, es arbeiten hier nur gut organisierte Kollegen. Auf dem alten Platz steht es aber ganz entgegengesetzt aus, es werden auch auf diesem meist nur schwarze, oder zu allem ja sagende Steinmehrer mit Vorliebe beschäftigt. In Rattowitz sieht es ganz wild aus. Ferner wurde bedauert, daß die Gauleitung, wie auch die Geschäftsleitung so wenig für die hiesige Zahlstelle zu haben sind. Es gibt hier an der äußersten Ecke noch manches zu schaffen, und es wäre ein Besuch des Gauleiters dringend erwünscht, behufs Agitation usw. Zu Punkt 3 wurden die Krankentassenverhältnisse besprochen. Es besteht hier noch eine Betriebskasse der Firma Rosenthal. Der Vorstand ist fast niemals vollständig und es wirtschaftet der Unternehmer recht willkürlich.

Dresden. In der mäßig besuchten Versammlung am 25. Juni teilte Kollege Seidel mit, daß die Tarife in Dresden und im Elbgebiete gekündigt seien und im nächsten Jahre ablaufen. Er führte aus, daß die Scharfmacher im Baugewerbe den Ton angeben und unsere Unternehmer genau in demselben Fahrwasser liegen, was die Differenzen im Postaer Gebiet beweisen. Da in der Posta auch Leipziger Kollegen arbeiten, wurde von seiten des Verbands deutscher Steinmehrer an die betreffenden Unternehmer die Verfügung erlassen, die Leipziger Steinmehrer zu entlassen. So schnell ging das aber nicht, da 8 bis 14 Tage Kündigung vorhanden ist. Der Terrorismus der Unternehmer geht so weit, daß sie vor Arbeitsverkümmern nicht zurückschrecken. Sollten Arbeiter dasselbe tun, was die Unternehmer für sich beanspruchen, so sähe man schnell einmal im Gefängnis. Aufgabe des Steinmehrerverbandes muß es sein, derartigen Auswüchsen von Unternehmerrutalität aufs schärfste entgegenzutreten. In die Gauleitung wurden die Kollegen Gustav Bayer, Richter, Eisener und Förster gewählt. Am 8. August findet im Volkshaus in Pirna ein Sommervergügen statt, woran sich die Kollegen recht zahlreich beteiligen mögen.

Mittweida. Am 20. Juni fand unsere Monatsversammlung im Rosengarten statt. Sie war mäßig besucht. Der Vorsitzende gab den Bericht von der Kommission über die Vorarbeiten unseres am 11. Juli stattfindenden Sommerfestes, und es wurden die Kollegen ermahnt, dasselbe recht zahlreich zu besuchen. Im Punkt Gewerkschaftliches gab der Vorsitzende bekannt, daß jeder Kollege im Laufe dieser Woche seine Statistik in Ordnung zu bringen hat. Auch werden die säumigen Beitragszahler am Quartalschluß an ihre Pflichten erinnert. Beschlossen wurde, für nächste Versammlung als Referenten Hermann Siebold zu bestellen. Der Maifeierfonds wird zur nächsten Versammlung auf die Tagesordnung kommen und jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, in derselben zu erscheinen. Weiter wurde über die Beschaffenheit und Sauberkeit der Arbeits- und Frühstücksbuden bei der Firma Petershüh eine sehr lange Debatte geführt.

Nürnberg. Am 12. Juni fand unsere gut besuchte Monatsversammlung statt. Neu aufgenommen wurden folgende Kollegen: Joh. Eichhorn, Gg. Braun, Gg. Büchner, Konrad Hafner, Franz Böhmlein, Joh. Söldner, Joh. Fürtenthaler, Gg. Firsichmann, Hans Penfel, Joseph Künner. Vom Desterreichischen Steinmehrerverband ist Kollege Zuban Valentin übergetreten. Bräutigam, der beim Streik in Erfurt seinen Kollegen in den Rücken fiel, muß 8 Markten nachzahlen mit dem Bemerkten, daß er noch zu jung ist und dies in Unüberlegtheit gemacht hat. Von seiten des Vorsitzenden sowie von den Kollegen wurde er über diese Handlungsweise belehrt. Der städtische Arbeitsnachweis, der früher als Streikbrecherbureau galt, ist abgeschafft. Bei Streiks und Aussperrungen werden im Bureau Klakate angeschlagen. Die Gewerkschaften sollen sofort, wo ein Zustand ist, den Beamten des Arbeitsnachweises hiervon in Kenntnis setzen. In den Versammlungen der Steinmehrer von Laufamholz und Umgebung wurden bis jetzt 8 Mitglieder aufgenommen und der Zahlstelle Nürnberg angeschlossen. In nächster Zeit soll mit diesen Mitgliedern eine Versammlung abgehalten werden, hauptsächlich des 10-Pfg.-Zulagezuschlags wegen. Weiter wurde für

diesen Bezirk eine Agitationskommission eingesetzt, bestehend aus den Kollegen Kiehl, Krauß II, Rothhorn, Sautl und Einsiedler. Ueber Punkt: Vertikale Verhältnisse, ergriff Kollege Krauß I das Wort und betonte, daß hauptsächlich die Grabsteingewerke mit bearbeitet werden müssen, damit die dort beschäftigten Kollegen dem Steinmehrerverband beitreten, aus diesem Grunde macht es sich notwendig, Branchenversammlungen abzuhalten. Der Unterassistent und Steinmehrermeister Weism wurde von den Kollegen scharf unter die Lupe genommen betr. Nichterhaltung des Tarifs. Da sich einige Kollegen über den lästigen Zigarettenrauch während der Versammlung beschwerten, wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß das Rauchen in Zukunft unterbleiben muß, solange die Versammlung dauert. Ein Vorschlag der Zahlstellenverwaltung, daß von Zeit zu Zeit ein Referat in den Versammlungen gehalten wird, was für uns zweckdienlich ist und dementsprechende Belegungen gibt, wurde angenommen.

Pirna. Am 16. und 17. Juni fanden für das Postaer Gebiet in Zagschle und Dorf Weshen öffentliche Steinmehrerversammlungen statt. Die Tagesordnungen lauteten: 1. Stellungnahme zum Antwortschreiben der Unternehmer; 2. Gewerkschaftliches. Zum 1. Punkt berichtete Kollege Ernst, daß er im Auftrage der im Mai in Beuthen stattgefundenen Versammlung den Vorsitzenden des Verbandes der Eis-Steinbruchbesitzer in der Amtshauptmannschaft Pirna um baldige Einberufung eines Schiedsgerichts ersucht habe. Das Schiedsgericht sollte über die Frage des Bieruhrschlusses an Sonnabenden sowie darüber beraten, ob das Verbot des Herrn Spalteholz, das den Vertrauensleuten das Betreten der Brücke untersagt, mit der am 15. Februar 1909 in Kraft getretenen Schiedsgerichtsverordnung im Einklang steht, sowie auf die Prozentzuschläge auf scharierte Arbeiten. Auf dieses Schreiben ist am 13. Mai eine Antwort von Herrn Schredenbach als Vorsitzenden eingegangen. In derselben wurde verlangt, die Unterlagen und detaillierten Wünsche und Forderungen einzuführen. Kollege Ernst hat hierauf telefonisch mit Herrn Schredenbach gesprochen, und schlug dieser eine mündliche Aussprache im Kaiserhof für den anderen Tag vor. Herr Sch. kam aber nicht, er entschuldigte sich später und bestimmte den nächsten Tag, aber auch da erschien er nicht und entschuldigte sich später wieder und sagte gleichzeitig, daß sich eine Unternehmerversammlung mit der Angelegenheit beschäftigen würde und uns alsbald Antwort zugehen sollte. Die Antwort ist unterm 9. Juni eingegangen und besagt, daß die Unternehmer beschlossen haben, an Sonnabenden den Bieruhrschluß beizubehalten. Doch soll es den Steinmehrer und Steinmehrer nachgelassen werden, ohne besondere Mittagspause bzw. Subrecht Sonnabends nur bis 1 Uhr zu arbeiten. Die übrigen Arbeiter sollen bis 4 Uhr schuften. Nach langer Debatte wurde eine Resolution angenommen, die besagt, daß die Steinmehrer die willkürliche Verlängerung der Arbeitszeit durch die Unternehmer entschieden zurückweisen. Sie verlangen von den Unternehmern bis zum 26. Juni eine bindende Erklärung, ob die Unternehmer die Arbeitszeit, solange die Tarife gültig sind, so bestehen lassen wollen, wie dies beim Zinkstrittener der Tarife war. Unter Gewerkschaftlichem gab Kollege Ernst bekannt, daß die Verwaltung beschlossen habe, am 1. Juli eine allgemeine Statistik aufzunehmen, um klar zu sehen, wie es in der Zahlstelle stehe. Gleichzeitig machte er auf die am 30. Juni abzugebenden Statistikkarten aufmerksam und ersuchte um gewissenhafte Ausfüllung und rechtzeitige Abgabe. Kollege Ernst gab noch bekannt, daß das geplante Sommerfest am 8. August im Volkshaus zu Pirna stattfindet.

Schmalzleben-Protterode. Wegen Nichterhaltens des Tarifs legten die Kollegen am 28. Juni bei dem Unternehmer Köppler die Arbeit nieder. Trotzdem der Tarif erst im April d. J. abgeschlossen ist, hält es der betreffende Unternehmer nicht für nötig, sein gegebenes Versprechen zu halten. Er will es lieber mit Unorganisierten versuchen, mit dem Verband will er nichts mehr zu tun haben. Besonders hat es ihm eine Beschwerde bei der Gemeindeinspektion angetan, daß sich der Pferdehändler in der Arbeitsbude befindet und die Mistgrube nicht an. Welch angenehmer „Duft“ sich da in der warmen Jahreszeit entwickelt, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Da aber der revidierende Schutzmännchen alles in bester Ordnung vorgeht, hielt er es für angebracht, den Beschwerdeführer dem Unternehmer mitzuteilen. Im vorigen Jahre erkundigte sich Herr Köppler recht eingehend über den Köhlerschen Streik in Meißen. Sollte er ihm vielleicht etwas abgesehen haben?

Ufen. Am 20. Juni tagte im Gewerkschaftshause zu Hameln unsere Mitgliederversammlung. Der Besuch war befriedigend. Im 1. Punkte wurde die Abrechnung vom 2. Quartal verlesen, worauf dem Kassierer für seine tadellose Kassenerführung ein Lob ausgesprochen wurde. Im Punkt Gewerkschaftliches legte der Vorsitzende den Kollegen klar, daß nur durch unsere gute Organisation die Lage am Süntel zu verbessern sei, welches auch daraus geschlossen werden kann, daß die Firma Krüger den vorgelegten Tarif anerkannt hat. Nur sei zu bedauern, daß es hier noch Kollegen gibt, die sich an eine pünktliche Beitragszahlung nicht gewöhnen können. Im Verschiedenen wurde das Verhalten der Firma Mainzer u. Co. (Hameln) gegen unsere Kollegen kritisiert. Die Bühne sind dort sehr schlecht, Remedur tut not. Kollegen, die auf Montage waren, erhielten eine ungenügende Auslösung. Zum Schluß wurde beschlossen, pro Marke 5 Pfg. Lokalzuschlag zu erheben.

Rundschau.

In Crausines (Belgien) besteht ein gewaltiger Kampf zwischen den Steinbruchbesitzern und deren Arbeitern. Die ersteren dachten schon längst die bestehende Tagelohnarbeit durch Akkord zu ersetzen, wogegen die Kollegen sich sträubten. Aber nicht nur die Steinmehrer in Crausines wurden hierbei in Mitleidenschaft gezogen, sondern auch alle in der Umgebung arbeitenden Kollegen. So waren schon am 27. Mai 600 Kollegen gezwungen, die Arbeit niederzuliegen, da die Meister den Akkord zwangsweise einführen wollten. Alle Unterhandlungsversuche schlugen fehl, die Meister erkrachten sich sogar soweit, daß sie einfache Anschläge machten, worin bemerkt war, daß bei Nichtanerkennung des Akkordsystems die Arbeiter ausgesperrt werden. In ihren Versammlungen beschlossen aber die Arbeiter, am Tagelohn festzuhalten, um so mehr, als sie sich ja im letzten Jahre eine zehnprozentige Lohnreduktion hatten gefallen lassen. Am 7. Juni wurden dann wirklich seitens der Unternehmer weitere 200 Mann ausgesperrt, am 9. Juni abermals 200 Mann und am 19. Juni alle in den naheliegenden Dörfern beschäftigten Steinmehrer, also weitere 1800, so daß heute insgesamt 2800 Mann ausgesperrt sind.

Ueber schlechten Geschäftsgang klagen die Unternehmer der Schieferindustrie in der Wormser Gegend. Es sollen die Produktionskosten bedeutend gestiegen sein.

Der schwedische Zolltarif ist in seiner neuen Vorlage sehr umfangreich gestaltet worden. Die Schweden haben auf Dachschiefer, Mischsteine, Gipsplatten usw. ganz ansehnliche Zollsätze gelegt. Ob sie Gefesekraft erlangen, ist damit noch nicht gesagt. Die Schweden haben von der deutschen Regierung bezüglich des Schutzollsystems sehr viel gelernt.

Ein glänzendes Zeugnis für die Sozialdemokratie. Ueber das geistige Leben der Bauern und des Fabrikarbeiters schrieb Professor Fr. Niebergall im Juni-Fest der illustrierten Monatschrift Nord und Süd einen interessanten Artikel. Nachdem er das geistige Niveau der Landbewohner kurz gestreift, heißt es weiter:

So wie die Leute eben vom Lande kommen, sind sie meistens nur für die ungelernete Arbeit zu gebrauchen. Ich weiß von einem Fabrikanten, dem nicht nur im Jorn die Worte

entfahren sind, daß viele seiner Arbeiter nur darum keine Sozialdemokraten sind, weil sie dafür zu dumm wären; wenn sie nur solche wären, dann würden sie auch geheimer und für die Arbeit besser zu gebrauchen sein. Das ist gewiß ein glänzendes Zeugnis für die Sozialdemokratie aus beruflichem Mund. Und in der Tat, das kann man wohl sagen: sie kommt nur dahin, wo einigermaßen höhere Interessen sind, und wo sie herrscht, da weicht sie höhere Interessen. Sie gilt schon jetzt in weiten Kreisen als die große Bedenkerin des geistigen Lebens der Leute; was die Volksschule begonnen, was aber alle bürgerlichen Veranstaltungen nicht fertig gebracht haben — mer hat sich übrigens in solchen Kreisen außer in Wahlzeiten um das geringe Volk bekümmert? — das rächt sich jetzt bitter, das hat die Sozialdemokratie fest in die Hand genommen.

Wir drucken dieses von bürgerlicher Seite kommende Loblied auf die Sozialdemokratie nicht etwa nach, weil es etwas Neues wäre. Es konstatiert nur wieder einmal, worauf objektive bürgerliche Intelligenzler schon oft hinwiesen: daß sich die geistige Elite der Arbeiterschaft um die Sozialdemokratie schart.

Amtliche Warnung vor unsicherer Hilfskasse. Der Kasseler Regierungspräsident erläßt eine Warnung vor der Deutschen Krankenunterstützungskasse, E. S., Sitz Kassel. Diese Kasse hat im ganzen Deutschen Reich Mitglieder. Der Regierungspräsident stellt fest, daß die Kasse 1907 eine Jahreseinnahme von 33 868 Mk. hatte. Dem standen allein an Verwaltungskosten 25 636 Mk. gegenüber. Im Jahre 1908 hatte die Kasse eine Jahreseinnahme von 182 679 Mk. Verwaltungskosten 112 885 Mk., also 76 resp. 62 Proz. der Jahreseinnahme für Verwaltungskosten aufgewendet. Im Anschluß an diese Feststellung sagt der Regierungspräsident:

Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bieten keine Handhabe gegen die Kasse wegen der verhältnismäßig hohen Verwaltungskosten vorzugehen. Es erscheint aber geboten, das Publikum darauf hinzuweisen, daß die Kasse $\frac{1}{3}$ ihrer Einnahmen für Verwaltungskosten aufwendet. Vor dem Eintritt in diese Kasse ist daher zu warnen.

Die Zahl der Kassenmitglieder in Kassel hatte, nachdem man das wahre Wesen der Kasse erkannt hat, bedeutend abgenommen. In Berlin besteht eine sogenannte Betriebsdirektion dieser Hilfskasse.

Die Arbeiter sollen auf den Leim gehen. Im Zeitungsweesen überholt eine Neuerung und eine Gründung die andre. Neu ist es daher auch nicht, wenn Unternehmer großer Betriebe für das Personal ihrer Fabrik besondere Zeitungen drucken lassen, in denen die „Milch der frommen patriarchalischen Denkungsart“ gegen „das eindringende sozialdemokratische und gewerkschaftliche Drachengift“ wirksam verzapft werden soll. Das ist noch ein Feld der Tätigkeit für die edle Junft der Schmocks, und sie bieten daher den Unternehmern ihre Profituierendienste gefl. an. — Einen solchen Säugling der Unternehmung konnte das Hamburger Echo namhaft machen und seinen Plan der Öffentlichkeit preisgeben. Ein Schriftsteller Georg Haase versendet an Großindustrie-Etablissements Zirkulare, in denen er sich zur Anfertigung solcher Betriebszeitungen anbietet, die je nach dem Namen des Betriebs den Titel als: „Betriebszeitung für die Angestellten und Arbeiter von . . .“ tragen soll. Als „Vertraulich“ teilt er mit:

Diese Zeitschrift soll nun außerdem von einem Geiste durchweht sein, welcher dem bekannnten zerfetzenden Geiste der sonst von den Arbeitern gelesebenen Blätter unaußfälliger aber sicher entgegenwirkt. In vorsichtiger Weise, ohne daß der Leser die Absicht merkt, also in der Regel auch ohne daß die Sozialdemokratie genannt wird, soll den vermeintlich wissenschaftlichen Fundamenten der sozialdemokratischen Parteiliebe entgegengeartet werden. In einer Rubrik Tagesfragen, Wirtschaftliches oder Zeitstimmen kann jedoch zuweilen offen der Standpunkt des Unternehmers erläutert und begründet werden, wenn auch vielleicht nur durch bemerkenswerte Zitate aus Unternehmerblättern, welche Auslassungen der Arbeiterpresse korrigierend gegenübergestellt werden. Durch diese Betriebszeitungen wird dann erreicht, daß der Arbeiter nicht mehr einseitig informiert bleibt. Man hat ja schon oft beklagt, daß der Arbeiter nichts andres zu lesen bekommt, als die sozialdemokratische Presse, und daß diese Einseitigkeit zu der vollkommenen Berranttheit führt, in welcher die meisten Arbeiter dem Unternehmertum gegenüber befangen sind.

Diese Betriebszeitung, die 8 bis 12 Seiten stark pro Stück 3 bis 4 Pfg. kosten würde, könnte, so meint Herr Haase, der Unternehmer als eine dem Arbeiter in diesem geringen Betrage gewährte wöchentliche Lohnzulage betrachten, während der Wert des erstrebten Zieles überhaupt unschätzbar sein wird.

Wie ersichtlich, schätzt der Herr sein „neues“ Unternehmen gar nicht gering ein. Ob aber das neue Heil, das er den Arbeitern bringen will, bei dieser Anklage findet, ist billig zu bezweifeln. Nach unsern Erfahrungen wissen die Arbeiter dergleichen durch die Unternehmer ihnen aufgedrungene literarische Erzeugnisse durch Benutzung an einem stillen Ort wohl zu würdigen, sie schätzen aber ihre Arbeiterzeitungen, deren Lesen ihnen kein Unternehmer verbieten kann. Für Herrn Haases Zeitung als Lohnzulage werden sich die Arbeiter übrigens bestens danken, selbst wenn sie wöchentlich drei Pfennig ausmacht.

Hungerlöhne für die Arbeiter und fette Dividenden für die Unternehmer. In Brüssel ergielte die Maschinenfabrik vorm. Schnabel u. Henning für das Geschäftsjahr 1908 einen Reingewinn von 1 176 000 Mark, was einer Dividende von 25 Proz. gleichkommt. Zugleich ist die Erhöhung des Aktienkapitals von 1 600 000 Mark auf 5 Millionen Mark beschlossen und den bisherigen Aktionären das Vorkaufsrecht gesichert worden, wodurch sich wiederum erhebliche materielle Vorteile für diese ergeben. Und die Arbeiter? Nun, die erhalten Stundenlöhne von 26, 28 und 30 Pfg. Es kommt sogar vor, daß in 14 Tagen 20 Mark Wochenlohn ausbezahlt werden. Anlässlich des 40jährigen Geschäftsjubiläums hat man allerdings den Lohnslaven Beträge von 10–300 Mark zugeteilt; was bedeuten sie aber gegen 25 Prozent für die Unternehmer?

Erfreulicher Beschluß. Zu dem Artikel in Nr. 135 der „Leipziger Volkszeitung“, welcher die Ueberchrift trug: „Und das war der Zweck der Übung“, hat nun die Preßkommission genannter Zeitung Stellung genommen. Folgende Resolution kam zur Annahme: „Das Preßkomitee bedauert, daß die „Leipziger Volkszeitung“ in ihrer Kritik der Beschlüsse des Metallarbeiter-Verbandstages über die Maifeier Ausbrüche gebraucht hat, durch welche die Stellung der Gewerkschaftsbeamten ihren Mitgliedern gegenüber erschwert worden ist. In eingehender Aussprache mit der Redaktion hat sich das Preßkomitee davon überzeugt, daß die Redaktion in Zukunft ähnliche Ausbrüche vermeiden wird. Das Preßkomitee ist deshalb der sicheren Hoffnung, daß durch diesen Zwischenfall die gemeinsame Arbeit von Partei und Gewerkschaften in Leipzig auch in Zukunft nicht gestört wird.“ Zu der Angelegenheit selbst haben wir uns in der letzten Nummer des „Steinmehrer“ eingehendst ausgesprochen.

Ueber die Lohnbewegungen und Kämpfe des Metallarbeiterverbandes berichtet in einer ihrer letzten Nummern die „Metallarbeiterzeitung“. Diese weist darauf hin, daß infolge der ungünstigen Wirtschaftslage der Kampf der Metallarbeiter sich hauptsächlich gegen die geplanten Verschlechterungsversuche der Unternehmer richten mußte. An 628 (im Vorjahre 1067) Bewegungen waren 69 332 (im Vorjahre 170 182) Personen beteiligt. Es wurden geführt 33 Angriffstreiks, 129 Abwehrstreiks, 36 Aussperrungen, 191 Angriffsbewegungen ohne Streik und 234 Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung. Die Lohnbewegungen erforderten 967 533 Mk. Der Verlust von Arbeitstagen betrug 347 352 Tage und an Arbeitslohn 1 570 074 Mark. Eine Verkürzung der Arbeitszeit trat ein für 6156 Personen mit 10 130 Stunden pro Woche. Lohnherabsetzungen wurden erzielt für 9247 Personen im Betrage von 15 022 Mk. pro

Woche. Die abgewehrte Arbeitszeitverlängerung beträgt für 725 Beteiligte 3258 Stunden pro Woche und die abgewehrte Lohnreduktion für 7915 Beteiligte 22 834 Mk. pro Woche.

In der Gewerbeaufsicht Preußens waren im Jahre 1908 tätig:

- 33 Gewerbeämter,
151 Gewerbeinspektoren,
87 Hilfsarbeiter und
5 Hilfsarbeiterinnen.

Gegen das Vorjahr waren mehr:

- 1 Gewerbeamt,
5 Gewerbeinspektoren,
2 Hilfsarbeiter und
1 Hilfsarbeiterin.

Um zu beurteilen, ob die Zahl von Aufsichtsbeamten, die im Jahre 1908 vorhanden war, genügt, müssen wir einen Blick auf die Zahl der im letzten Jahre beschäftigten Betriebe werfen. Diese stellten sich auf 70 090 gegen 69 811 im Vorjahre.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten können unmöglich ihre Revisionsaufgaben erfüllen, wenn ihre Zahl nicht vermehrt wird. Unsere Kollegen tun gut, wenn sich Widerhaarigkeiten wegen der Nichtdurchführung der Bundesratsverordnung ergeben, daß sie sofort in detaillierter Weise an die Gewerbeinspektionen berichten.

Das Verbandsorgan der Buchdrucker, der „Korrespondent“, sollte nach dem Beschlusse der Kölner Generalversammlung nach Berlin verlegt werden. Eine Konferenz der Gauleiter nahm den Antrag der Redaktion an, daß von einer Verlegung von Leipzig nach Berlin Abstand genommen werden soll.

Neu Arbeiterabgeordnete. Die Zentrumsabgeordneten zum Reichstage haben vorige Woche bei der bedeutsamen Abstimmung gegen die Einführung einer Erbschaftsteuer gestimmt. Die Herren Siesberts, Weder, Wiedeberg, Schiffer und Schirmer haben in geradezu zynischer Weise die Arbeiterinteressen mit Füßen getreten.

Sie spotten ihrer selbst. Die christliche „Keram- und Stein- arbeiterzeitung“ hat sich über die Agitationstour unsres Kollegen Staudinger, die er durch den Regensburger Gau unternahm, recht überflüssig aufgeregt.

Die christliche Demut erheischt es wahrlich nicht, daß der gemäßigteste Gegner unverzüglich beschimpft werden muß. Die Ungereimtheiten des genannten Blattes haben wir in der Nummer 23 des „Steinarbeiter“ gründlich widerlegt.

Die schwarzen Mäher aber haben nun den Bericht der „Keram- und Stein- arbeiterzeitung“ in die niederbayerische Zentrums- und Arbeiterzeitung lanciert und die offeriert nun ihren Lesern — was für ein schlechter, religionsloser Kerl unser Kollege A. St. sein muß.

Aber der von den Zentrumsgeistlichen zusammengebrachte Schmarren macht nicht einmal auf die „Wald- ler“ Eindruck. Nachträglich schimpfen die Zentrumsblätter auf A. St.; aber warum haben sie denn nicht veranlaßt, daß er von katholischen Benefiziaten, Coparatoren, Kaplanen, Pfarrern und Dekanen in Grund und Boden hineingeredet wurde?

Hatten hierzu die gutgenährten Herren mit ihren Tonsuren von Schneid? Wo waren denn die großmäuligen christlichen Sekretäre mit ihren Zitatensätzen? Der „Deggendorfer Donaubote“ will mit seinen häßlichen Bemerkungen zweierlei verfolgen.

1. Es sollen die Mettener Berufs- und Gewerkschaftsmitglieder kopffest gemacht werden. 2. Weit Kollege A. St. geborener Mettener ist, will man ihn in seiner Heimatgemeinde lächerlich machen.

Doch beides ist vorbestimmte. In demagogischer Weise wird gesagt, der sozialdemokratische Agitator hätte verschwiegen, daß er religionsfeindlich sei. Wie steht es mit dieser Behauptung? Kollege A. St. hat auf seiner Agitationstour folgende Klöster besucht und sich über alle Details eingehend erkundigt: die Redemptoristenniederlassungen in Cham und Deggendorf; die Benediktinerklöster Metten, Wilshofen und Weltensberg; das englische Fräuleinstitut in Plattling.

Ferner nahm er in Augenschein die säkularisierten Klöster Windberg, Oberaltach, Niederaltach, Gotteszell und Rindnach. Weiter besuchte er das luxuriös eingerichtete Palais des Passauer Bischofs, ferner das ehemalige Jesuitenkollegium dortselbst.

Wir können also ohne Übertreibung sagen, A. St. hat nicht nur eine erfolgreiche Agitationstour für den Verband unternommen, nein er hat auch mit großem Eifer seine Wallfahrten absolviert. Wenn unser Kollege zukünftig wieder eine solche Tour unternehmen sollte, dann werden die Herren vom schwarzen Lager zur Begleitung eingeladen; ob sie der Aufforderung Folge leisten werden, ist allerdings eine andre Frage.

Einen schätzbaren Verrat leisteten sich die „Christlichen“ wieder einmal. In Solingen umging der Stahlwarenfabrikant Mantelwirth die vereinbarten Preisverzeichnisse. Er trug wohl den Arbeitern den richtig verdienten Lohn in ihr Kontobuch ein, machte aber bei den Zahlungen bedeutende Abzüge.

Die Arbeiter wandten sich an den Arbeitgeberverband, der den Mantelwirth verurteilte, diese Beträge nachzuzahlen, und als dieser sich weigerte, wurde er aus der Fabrikantenvereinigung ausgeschlossen. Die Arbeiter traten bis auf einen christlich organisierten in den Streik, dem die Teilnahme von seiner Organisation unter ganz fadenscheinigen Gründen verweigert wurde.

Die Christlichen suchten dem Fabrikanten durch die Vermittlung von Streikbrechern zu helfen. Während also die Fabrikanten den Tarifverächter für vogelfrei erklärten, schlossen die Christenbrüder einen Pakt mit ihm, um die Streikenden niederzurufen. Der Bezirksleiter der Christlichen, Peter Broich in Düsseldorf, sagte zu arbeitslosen Mitgliedern: „Wenn Ihr die Arbeit nicht annehmt, bekommt Ihr keine Unterstützung.“

Zu Solinger freien Gewerkschaftsführern sagte er: „Ihr sollt vor uns noch auf den Knien rutschen.“ Dabei haben die Christlichen in Solingen einige hundert, die freien Gewerkschaften dagegen 12 000 Mitglieder. Die Christlichen sind gelber noch wie die Selben.

Die Idealschutzbrille soll für die Stein- arbeiter besonders empfehlenswert sein. Der Vorstand der Steinbruchsberufsgenossenschaft hat sich wenigstens in einer Sitzung kürzlich in diesem Sinne geäußert. Herr Helf, wahrscheinlich ein technischer Aufsichtsbeamter, hat aber gegen die Idealschutzbrille folgende Bedenken geäußert: „Das Gewicht sei zu groß, überdies drücke sie zu sehr; weiter sei ein Einsetzen in die Tasche nicht gut möglich.“

Andre Fachleute widerlegten aber diese Äußerungen. Die „Ideal“-brille wird als solche im Sinne der Unfallverhütungsvorschriften angesehen. Die Redaktion macht darauf aufmerksam, daß unsre Kollegen leider zu wenig von dem Tragen der Schutzbrillen Gebrauch machen. Ja, es wird uns erwidert werden, die bisherigen taugen nicht viel. Das hat teilweise seine Berechtigung, aber beim Doffieren, Stocken usw. kann man doch sehr wohl Brillen aufsetzen.

Der Bau des kolossalen Monuments erforderte einen Kostenaufwand von 5 Millionen Mark. 100 000 Kubikmeter Zementbeton und 15 000 Kubikmeter Granitsteine sind zu seiner Erbauung nötig. Ein Eisenbahnzug von 12 Kilometer Länge wäre erforderlich, um die Zementmasse zu fassen. Den Baukeinen wiegen die größten 360 Zentner. Ein solcher Stein kostet gegen 700 Mark. Das Holagerüst kostet allein eine Viertel Million Mark. Legte man sämtliche Balken der Länge nach aneinander, so würde das eine Länge von Leipzig bis Breslau ergeben. Das Denkmal wird aus drei Teilen bestehen. Der Unterbau, dessen Vorderseite das 18 Meter hohe Standbild des St. Michael trägt, ist als Grabmal für die Gefallenen gedacht. Der Mittelbau bildet eine Ruhmeshalle des deutschen Volkes. Er ist 70 Meter hoch und würde den Leipziger Thomaskirchthurm in sich aufnehmen können. Die Decke bildet eine riesige Kuppel. Der Oberbau mit 12 allegorischen Figuren an der Außenseite soll ein Wahrzeichen sein für kommende Geschlechter. Interessant ist, daß an dem großen Bauwerk nur 40 Leute arbeiten. Eine 17 Kilometer lange Drahtseilbahn bringt den Sand herbei, der mit Zement vermischt und von einer selbsttätigen Maschine zu Beton verarbeitet wird. Die Granitsteine werden in Bueha bei Leipzig gewonnen und dort direkt verarbeitet.

Für die streikenden Stein- arbeiter in Striegau

gingen bis zum 22. Juni d. J. bei dem Unterzeichneten folgende Gelder ein:

Table with 2 columns: Name/Source and Amount. Includes entries like '24. Mai: Von den Kollegen in Streit (unten) 15.15 Mk.', '25. ' ' ' ' ' ' ' ' 168.60', '26. ' ' ' ' ' ' ' ' 50.-', etc.

Summa 834.50 Mk. Für die Zahlstelle Striegau: A. Daubenthaler, Bahnhofstraße 11.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Demig-Thumitz. Ersuche die Vertrauensleute allerorts, dem Kollegen Reinhold Otto Höhne, geb. am 28. Februar 1887 zu Weiersdorf (Sachsen), keine Interimskarte anzustellen. Er hat nicht nur sein altes Buch in größter Unordnung hier liegen lassen, sondern auch bedeutende Schulden gemacht.

Ronkatz. Wir warnen vor dem Steinmetzen Konrad Fink. Derselbe hat hier (am Gymnasiumsneubau) Streifbrevetdienste geleistet. Die Ortsverwaltung.

Alt-Wartha. Der Steinmetz August Weinmann möchte wegen einer Zeugenfrage seine Adresse angeben. Bruno Brendler.

Reichenbach. Dem Johann Baptist Sperl ist keine neue Interimskarte anzustellen. Bei seiner Abreise hat er auch Schulden hinterlassen. Der Vorstand.

Erfurt. Der Steinmetz Karl Schleicher mag seine Adresse, an Hermann Buhler, Kleiststraße 26, III., gelangen lassen. Hier zureichende Kollegen haben sich beim Kassierer zu melden. Valentin Raffenberger, Steinmetz, Poststraße 77.

Dresden. Die Verschmelzung mit der Zahlstelle Pirna ist am 1. Juli erfolgt. Das Dresdener Bureau ist aufgehoben. Zahlstelle ist Pirna. Die Reiseunterstützung für Dresden wird auf Werkplatz Flössel, Blumenstraße 61, ausbezahlt, und zwar in der Zeit von früh 7 Uhr bis nachmittags 4 1/2 Uhr. Alle Anfragen sind von jetzt an nur nach Pirna, Volkshaus, zu richten. Im Auftrag der Ortsverwaltung: A. Seidel.

Niederlamitz. Der Pfisterer Baptist Schmah mag sofort seine Adresse einsenden. Es handelt sich um eine Auskunft wegen der Schmiedeschärfe. Wolfgang Ständel, Vorsitzender.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 21. bis mit 26. Juni 1909. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrafreuer.)

- Brüx, Ab. 1.20. Lindau, B. 2.80. Ems, B. 3.30. Schweinfurt, B. 3.80. Köslin, B. 2.30. Jauer, B. 11.-. St. Johann, B. 59.80, E. 6.-. Straßburg, B. 480.-, E. 5.-. Offenbach, B. 69.-. Kändlerfeld, B. 276.-, E. 1.-, K. 9.20. Rühberg, B. 58.60, K. 3.70. Blankenburg, B. 63.-, K. 1.80. Crankel, B. 69.-, K. 10.-. Rürnbach, B. 190.-, E. 1.50, K. 10.60. Leonbrunn, B. 76.-, E. 14.-, K. 10.-. Miltenberg, B. 42.-, K. 6.25. Sulzfeld, B. 190.-, E. 9.-. Striegau, B. 630.-. Leipzig (durch Knoll), 3.50. Liebenwerda, B. 4.60. Waltershausen, B. 5.50. Reichenbach i. Vogtl., B. 2.75. Ritzdorf (Rühn), B. 1.65. Tönningen, K. 1.50. Obermendig, B. 5.-. Triefel, B. 2.20. Hameln, Ins. 4.95. Wolgast, B. 128.80, K. 4.40. Neuhans, B. 92.40. Düsseldorf II, B. 198.-. Köln I, B. 453.84, E. 10.-, K. 40.-. Breslau I, B. 368.-. Bamberg, B. 79.80, E. 0.20. Dresden, K. 45.-. Hamburg I, B. 230.-. Nürnberg, B. 480.-, E. 25.-, K. 30.-. Rütthen (Arbogast), K. 0.60. Delitzsch, B. 7.70. Bant, B. 5.05. Nienburg, 4.80. Selb (Rünzel), Ins. 3.60. Niesha, B. 80.40. Luzern, B. 1.40. Mittelsteine, K. 7.70. Erfurt, B. 92.-, K. 16.-. Ludwig Seif, Kassierer.

Neue Zahlstelle.

Bürgstadt (11. Gau). Vors.: August Münch. Kass.: Joseph Eberhard.

Adressen-Änderungen.

- Schnitz. Vors.: W. Wendler, Knöchel. Neusag. Vors. u. Kass.: Jos. Viendl, Neusag, Nr. 101. Ebnestetten. Vors.: Joh. Kraus. Kiefernfelden. Vors.: H. Weiland. Kass.: M. Leibl. Mülheim (Ruhr). Vors.: August Enjelleit, Delle 55. Kass.: Gottfried Euchen, Mülheim-Broich, Bismarckstraße 2. Hildesheim. Vors. u. Kass.: Fritz Köder, Vogelweide 15.

Briefkasten.

Kiefernfelden. Die Schilderung ist uns sehr erwünscht.

Anzeigen. (Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin. Mittwoch, den 7. Juli, abends 8 1/2 Uhr. Kombinierte Mitglieder-Versammlung in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Gewerkschaftliches. Sämtliche Kollegen werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen und ihre Statistiken mitzubringen, sofern sie dieselben noch nicht in den Zahlstellen abgegeben haben. Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter von Berlin und Umgegend. Sonnabend, den 3. Juli 1909. Grosses Sommer-Fest in der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47/49. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Fest-Ball. Anfang des Konzertes 4 Uhr, der Vorstellungen 5 Uhr. Einlass 3 Uhr. Kaffeeküche geöffnet. Ende ?? Herren-Billett 50 Pfg. Damen-Billett 30 Pfg. Die Kollegen von nah und fern ladet freundlichst ein Das Komitee.

Zahlstelle Bremen. Sonnabend, den 10. Juli, abends 8 Uhr im Café Flora, Gröpelingen. 25jähriges Gründungs-Jubiläum verbunden mit Festrede, Verlosung und Ball unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins „Apostonia“. Herren- inkl. Damen-Karte 50 Pfg. Die Kollegen der Umgegend sind freundlichst eingeladen. Das Festkomitee.

Sandsteinbruch-Verpachtung in der freiberrlich Kniggeischen Oberförsterei Steintrug bei Dennigsen (Nahsation Hannover-Hameln). Die Verpachtung des sogenannten Steintrug-Sandsteinbruchs im Weiser, vom 1. Januar 1910 ab auf 10 Jahre, event. auch die gesamte Ausbeutung der Sandsteingewinnung in allen Forstbezirken, einschließlich Egestorf, letztere jedoch erst vom 1. Januar 1912 ab, unter Umständen auch schon früher, soll durch schriftliche Aufgebote erfolgen. Die Gebote sind: 1. für den sogenannten Steintrug-Sandsteinbruch, bezw. für die gesamte Sandsteingewinnung in den geschlossenen Bezirken Steintrug und Wredenbeck, oder 2. für den im Bezirk Egestorf beleg. Sandsteinbruch, oder 3. für die gesamte Sandsteingewinnung der geschlossenen Bezirke Steintrug, Wredenbeck und Egestorf mit der Erklärung, daß der Bieter sich den Verpachtungsbedingungen ohne Vorbehalt unterwirft, schriftlich, veriegelt, mit der Aufschrift „Sandsteinbruch-Verpachtung“, bis Dienstag, den 20. Juli 1909, der Oberförsterei portofrei einzureichen. Die Eröffnung der Gebote erfolgt am Mittwoch, den 21. Juli, vormittags 11 Uhr, im Hotel Steintrug hier selbst. Bisheriger jährlicher Pachtpreis der für die Abfuhr- und Abgabeverhältnisse recht günstig belegenen Sandsteinbrüche, und zwar des Steintrug-Sandsteinbruchs = 16000 Mark und des im Bezirk Egestorf belegenen = 800 Mark. Weitere Auskunft und Bedingungen durch die Oberförsterei.

Spezialhaus für Berufskleidung. Eigene Anfertigung. Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen. Jaccets, Hosen. Emil Keidel, = Bartenstraße 101. = Tüchtiger Steinmetz. speziell zum Schriftstauen und -vergolden, sofort gesucht. Tarifmäßige Lohnzahlung. E. de Palacios & Langhoff, Grabdenkmalfabrik Brandenburg a. H. Tüchtiger Marmorpoliermeister auf sofort bei hohem Tagelohn für dauernde Stellung gesucht. Hellmann & à Brassard, Marmorwarenfabrik Osnabrück.

Spezialhaus für Berufskleidung. Eigene Anfertigung. Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen. Jaccets, Hosen. Emil Keidel, = Bartenstraße 101. = Tüchtiger Steinmetz. speziell zum Schriftstauen und -vergolden, sofort gesucht. Tarifmäßige Lohnzahlung. E. de Palacios & Langhoff, Grabdenkmalfabrik Brandenburg a. H. Tüchtiger Marmorpoliermeister auf sofort bei hohem Tagelohn für dauernde Stellung gesucht. Hellmann & à Brassard, Marmorwarenfabrik Osnabrück.

Gestorben. In Dresden am 27. Juni der Kollege Richard Paul Nierisch, 34 Jahre alt, an der Berufskrankheit. In Lohmen (Zahlstelle Pirna) am 18. Juni der Kollege Gustav Behner, 33 Jahre alt, an der Berufskrankheit. In Plagwitz (Schlesten) am 21. Juni der Kollege Johann Baldehans, 38 Jahre alt, an Ungeuentzündung. Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die Bildungsarbeit der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften stecken sich immer weitere Ziele. Sie begnügen sich nicht mehr mit der Hebung der materiellen Lage ihrer Mitglieder durch Einwirkung auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen und durch ausgedehnte Unterstützungseinrichtungen, sondern sie suchen auch den Bildungsgrad ihrer Mitglieder, d. h. also das kulturelle Niveau der Arbeiterschaft, tatkräftig zu heben. Daß sie dadurch mithelfen, das ganze Volk einer höheren Kulturstufe zuzuführen, wird nur von denjenigen nicht anerkannt, die von blindem Haß gegen jede freie und selbständige Regung der Arbeiterschaft erfüllt sind und die ein eigennütziges Interesse daran haben, die breiten Volksschichten in Unwissenheit und Stumpfheit, in häußlicher Unterwürfigkeit gegenüber ihren Ausbeutern und in fatalistischer Zufriedenheit mit ihrer Lage zu erhalten.

Drahtfisch kam dieses antikulturelle und von den eigennützigsten Motiven diktierte Bemühen der besitzenden Klassen, dem Proletariat nur soviel Wissen zu ermöglichen, wie zur Heranbildung von billigen und willigen Maschinenfutter unbedingt notwendig ist, in einem Artikel zum Ausdruck, der vor etwa mehr als einem Jahre in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ erschien. Er trägt die bezeichnende Ueberschrift: „Was darüber ist, das ist vom Uebel!“ und prophezeite die Revolution, den baldigen Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft, weil „sich doch gerade in unserer Zeit dieselben Anzeichen mehren, die vor dem Ausbruch der großen französischen Revolution zutage traten“. Diese Anzeichen einer neuen Revolution bestehen nach dem Blatt in folgendem: „Nehmen wir das Jahr 1750 als Vergleichspunkt an, so sehen wir, daß im ganzen Kultur Europa pädagogische Spielereien und Erziehungsversuche den Tag beherrschten. . . Treibt man nicht auch in unserer Zeit pädagogische Spielereien? Will man dem Quintaner nicht gegenwärtig auch spielend fremde Sprachen beibringen, und versucht man nicht auch den dümmsten Ochsenknecht für ethische Kultur zu begeistern? Leider ist dem so, wer die Welt mit offenen Augen betrachtet, kann sich der Ansicht nicht verschließen, daß gerade solche pädagogische Spielereien mit dazu beitragen, die Säulen abzuhängen, auf denen die heutige Kultur ruht.“ Das muß eine schöne „Kultur“ sein, die in die Brüche geht durch Bestrebungen, die auf die Hebung des Kulturniveaus des gesamten Volkes gerichtet sind. — Nachdem sich das Unternehmerblatt dann gehörig über einen „pädagogischen Phantasten“, den Professor Klein in Jena, entrüftet und ihn gewissermaßen für die Bildung einer anarcho-socialistischen Jugendorganisation in Leipzig verantwortlich gemacht hat, bemerkt es triumphierend: „Medlenburg, Hinterpommern, Oberbayern und die rotblühende Heide der Provinz Hannover sind bis jetzt noch von solchen Verwünschungen verschont geblieben, dafür stellen aber diese Gebiete dem Heere das zuverlässigste und kräftigste Kontingent und bilden ferner für unsere Industriezentren einen gesunden, kräftigen Nachwuchs, der zwar nicht überladen mit Wissen ist, der sich aber auf sein Können verlassen darf.“ Derartige Leute, denen nicht mehr Bildung ermöglicht wurde, als sie für den Zweck, im Unternehmerinteresse so ertragreich als möglich zu fronden, unbedingt brauchen, sind also der Unternehmer Ideal. Daher fordert ihr Blatt am Schluß des erwähnten Artikels: „Unser Volksschule soll 1. nicht der Zummelplatz pädagogischer Phantasten sein; 2. muß sie als ein mit den Mitteln der heutigen Gesellschaft geschaffenes Institut auch dieser dienen, indem ihr Endziel die Erziehung brauchbarer Staatsbürger ist. — Was darüber ist, das ist vom Uebel!“ — Diese Bekenntnisse einer schönen Seele reden eine so offene und unverblühte Sprache, daß ihre Wirkung durch jedes Wort der Kritik, das man anzufügen wollte, nur abgeschwächt würde.

Aber was dieser Solbchreiber des Unternehmertums offen ausgesprochen hat, das wird im Gegenwartskampfe stillschweigend und konsequent getan. „Was darüber ist, das ist vom Uebel!“ Dieser Leitatz offenbart sich aus allen Einrichtungen, die der Klassenstaat zur Erziehung und Bildung der breiten Volksschichten getroffen hat. Die aufgeklärte Arbeiterschaft hat dieses Treiben durchschaut und einsehen gelernt, daß ihr und ihrem Nachwuchs auch in diesen Beziehungen unter der Klassenherrschaft der Besitzenden nicht mehr gegeben wird, als sich mit deren Interessen vereinbaren läßt. Diese Erkenntnis hat die Befähigung auf die eigene Kraft auch in Bildungsfragen ausgelöst, und mit zäher Ausdauer arbeitet die Arbeiterschaft daran, sich das zu erwerben, was man ihr vorenthielt, das nachzuholen, was ihr die Volksschule nicht bieten konnte und nicht bieten wollte. Sie schafft Einrichtungen, die sie in Bildungsfragen unabhängig machen von dem Willen der Klasse der Besitzenden, und die es ihr ermöglichen, sich aus eigener Kraft Wissen anzueignen, sich zu bilden. Sie kennt die Wahrheit des Viehnechtlichen Wortes: Wissen ist Macht! Bildung macht frei!

Auch die Gewerkschaften stehen, wie bereits gesagt wurde, in dieser Tätigkeit hinter den andern Zweigen der modernen Arbeiterbewegung nicht zurück. Sie richten Bibliotheken ein und bauen sie systematisch aus. Sie erweitern und vervollkommen ihre Presse, nicht nur um die Mitglieder über alle wichtigen Vorgänge im eigenen Verband, im gewerkschaftlichen Leben und in der allgemeinen Arbeiterbewegung auf dem Laufenden zu erhalten, sondern auch, um bildend und aufklärend in jeder Beziehung zu wirken; zur Spezialausbildung der Mitglieder in ihrem Beruf haben verschiedene Gewerkschaftszeitungen besondere Rubriken erhalten, während andern wieder eine spezielle Fachbeilage beigelegt wird. Ebenso werden die Versammlungen nicht nur zur Erledigung geschäftlicher Fragen benutzt, sondern auch durch Vorträge über die verschiedensten Gebiete des Wissens und der Kunst belebt, interessant und belehrend gestaltet. Zur Heranbildung geeigneter Lehrkräfte aus den eigenen Reihen haben die Gewerkschaften durch die Generalkommission gewerkschaftliche Unterrichtskurse einrichten lassen, die die Grundlage schaffen, auf denen jeder Kurssteilnehmer zu seinem eigenen Nutzen und zum Nutzen derer, die ihn mit einem Führeramt betrauten, weiterbauen kann. Alle Möglichkeiten werden also ausgenutzt, die zur allgemeinen und zur beruflichen Weiterbildung der Gewerkschaftsmitglieder geeignet sein könnten. Eins ist so wichtig wie das andre. Je tüchtiger ein Arbeiter in seinem Beruf ist, desto widerstandsfähiger wird er dem Unternehmer gegenüber sein, und aus je mehr beruflich tüchtigen Einzelmitgliedern eine Gewerkschaft besteht, desto erfolgreicher wird sie ihre Gegenwarts kämpfe zur Hebung der Berufsverhältnisse zu führen vermögen. Je gebildeter der einzelne Arbeiter im allgemeinen ist, desto klarer wird er sehen und um so nachdrücklicher wird er im öffentlichen Leben die Arbeiterinteressen vertreten, und je schneller die Bildung und Aufklärung der Arbeitermassen im allgemeinen fortschreitet, desto eher wird es dem Proletariat möglich sein, die Klassenherrschaft der Besitzenden zu brechen.

Im großen ganzen ist jedoch die Ausnutzung aller Möglichkeiten zur allgemeinen und beruflichen Weiterbildung der Gewerkschaftsmitglieder ziemlich regellos gewesen. Man nahm jede Gelegenheit wahr, ohne Rücksicht darauf, ob sich z. B. der Vortrag in einer Versammlung dem in der vorhergehenden Zusammenkunft gehaltenen systematisch angeschlossen oder nicht. Seit einiger Zeit bemühen sich jedoch einige Gewerkschaften, in ihrer Bildungsarbeit systematisch vorzugehen, von unten aus aufzubauen. So haben z. B. die Berliner Filialen des Verbandes der Lithographen, Steinbrücker und verwandten Berufe seit Anfang vorigen Jahres einen Bildungsausschuß eingesetzt, der sich in dieser systematischen Weise zu wirken bemüht.

In derselben Weise werden die fachtechnischen Vorträge über Papierfabrikation, über die Farbe als Lichterscheinung und als chemisches Produkt usw., die der beruflichen Weiterbildung dienen und mit den der Allgemeinbildung gewidmeten Vorträgen parallel laufen, durch Exkursionen in Fabriken, Instituten usw. ergänzt. Neben dieser Tätigkeit läßt sich der Ausschuß auch die Veranstaltung beruflicher Wettbewerbe mit darauffolgender Ausstellung der eingegangenen Arbeiten und die zweckentsprechende Einrichtung, Ergänzung und Erweiterung der Berliner Verbandsbibliothek angelegen sein.

Die Resultate dieser gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, die hoffentlich bald immer weitere Kreise schlagen und von einer stetig steigenden Zahl von Gewerkschaftsmitgliedern aller Berufe und aller Orte in die Wege geleitet werden wird, können nur der Arbeiterschaft zum Vorteil und zum Segen gereichen. Sie werden das Proletariat nicht nur zur Führung seines Gegenwarts kämpfes immer tüchtiger und widerstandsfähiger machen, sondern sie werden es auch befähigen, der Entwicklung die Bahn zu ebnen, die den Gegenwartsstaat langsam aber sicher und mit Naturnotwendigkeit in ein Gemeinwesen umwandelt, in welchem die heutige Kalmikultur durch wahrhaft kulturelle Zustände ersetzt ist.

Eine interessante Tarifstreitfrage in Straburg i. E.

Wiederholt waren wir schon gezwungen, gegen die rigorose Auslegung verschiedener Positionen des Tarifvertrags Stellung zu nehmen. Vor kurzem versuchte erst eine Firma, eine Kaltsteinforde, die bisher immer im Stundenlohn gemacht wurde, in Akkord herzustellen zu lassen. Durch einmütige Arbeitsniederlegung gelang es, diesen Versuch zurückzuweisen. Nun ist es der Vorsteher der Baugewerkschaft Straburg in Gemeinschaft mit der Firma Baugesellschaft, die den Versuch machen, andre als sauberste Flächen an Fassaden zu verwenden. Die Vorgeschichte dieses Falles ist auch für die Allgemeinheit von so

großem Interesse, daß wir glauben, mit einigen Worten darauf eingehen zu können.

Unser Straburger Tarif ist bekanntlich ein Ableger des Bunzlauer, und zwar diente der vom Jahre 1905 als Muster. Die Position der gewöhnlich gerade scharierten Fläche erhielt in Straburg eine genauere Präzisierung durch den Zusatz: „Auf das Gefronelte aufgeschlagen mit Ausnahme von Fassaden.“ Der Zweck dieser Fassung war, zu verhindern, daß Flächen, die ihrer Natur nach sauber sein müssen, als gewöhnlich schariert zum Preis von nur 3 Mark bezahlt werden. Wie verständig diese Vorsicht war, sollte sich bald beweisen. Die Firma Schacher mühle versuchte die Arbeiter für die Einfriedigung der Spitalbauten gewöhnlich scharieren zu lassen, aber doch saubere Arbeit zu verlangen. Nach zweitägiger Arbeitsniederlegung war die Firma doch überzeugt, daß ihre Auslegung: „Eine Einfriedigung ist keine Fassade“, doch etwas zu kühn war, und bezahlte die Flächen als saubere zu 3.50 Mark. Kurze Zeit darauf wurde das bischöfliche Gymnasium renoviert. Diesen Arbeiten ließ sich nun die Eigenschaft einer Fassade nicht abstreiten. Aber man erklärte, es soll bei der Arbeit der Charakter des alten Baues gewahrt werden, durch Erzeugung eines kräftigen Giebes. Daß groß und gewöhnlich schariert ein gewaltiger Unterschied ist, socht die Firma Sug nicht an. In der Ueberzeugung des guten Rechtes riefen die Kollegen die Entscheidung des tariflich vorgeesehenen Schiedsgerichte an. Dieses entschied, einmütig Arbeitgeber und Arbeitnehmer, daß die Flächen als saubere zu bezahlen sind. Die Firma fügte sich dem Spruch nicht. Die Kollegen reichten die Klage beim Gewerbegericht ein und wurden abgewiesen. Man denke, daß der Urteil des Schiedsgericht der Fachleute, das in seltener Uebereinstimmung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Berechtigung unfrüher Ansprüche anerkannte, wird durch Urteil von Nichtfachleuten als irrig korrigiert. Unfrüher Revision beim Oberlandesgericht wurde als unbegründet verworfen und unser Anspruch endgültig begraben. Rechtzeitig zum probaten Mittel der Selbsthilfe gegriffen, wie im ersten Falle, hätte wohl ein besseres Resultat gezeitigt.

Um eine Erfahrung reicher wurde bei der vorjährigen Tarifverhandlung von uns eine noch genauere Fassung beantragt und auch angenommen. Es wurde eingefügt: „Auf das Gefronelte einmal aufgeschlagen.“ Als Inhang wurde der Position eine Bemerkung angefügt, daß unter diese Paragrafen nur ordinäre Arbeiten fallen, eine Reihe solcher sind namentlich angeführt. Ferner sollen gewöhnlich scharierte Flächen an Renovierungen alter Gebäude zulässig sein, deren Steinmeharbeit eine solche Bearbeitung aufweist. Der Zweck der neuen Fassung war, zu verhindern, daß minderwertige Arbeiten an Fassaden zur Anwendung kommen, die zwar pro Quadratmeter eine Mark weniger kosten, in der Praxis aber allmählich so sauber verlangt werden, daß die Position über saubere Flächen überflüssig wird.“ Dies zur Vorgeschichte.

Am Neubau des Ministerialgebäudes wurden nun Hauptgesimse mit Abwässerungen gemacht. Bei der Baugesellschaft wurden die Abwässerungen erst anstandslos als saubere Flächen zu 4 Mark (seit 1908 ist der Preis um 50 Pfg. erhöht worden) bezahlt. Möglich, als auch bei Herrn Walz die gleichen Arbeiten gemacht wurden, sollten die Abwässerungen nur als gewöhnliche Fugen zu 2.20 Mark bezahlt werden, weil sie mit Zint abgedeckt werden. Dabei sollten die Flächen allerdings sauber gerade schariert werden, wenn auch nicht regelmäßig aufgeschlagen. Unter Berufung auf die ausdrückliche Bestimmung des Tariffs, daß an Fassaden keine andern als saubere, scharierte Flächen zur Verwendung kommen dürfen, riefen die Kollegen die Entscheidung des Schiedsgerichts an und verlangten die Flächen zu 4 Mark bezahlt. Zu einer Einigung kam es in dieser Sitzung nicht. Entsprechend der neuen Bestimmung des Tariffs wurde eine weitere Sitzung der Schlichtungskommission unter dem unparteiischen Vorsitz des Herrn Professor Höfe, Leiter der Städtischen Baugewerkschule, einberufen. Die Entscheidungen des Vorstehenden sind nach dem Tarif endgültig und für beide Parteien bindend.

Die Arbeitnehmerbeisitzer legten in dieser Sitzung eingehend unsere Stellungnahme zum vorliegenden Falle dar. Der Wortlaut des Tariffs und die vorjährigen Verhandlungen lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß an Fassaden nur saubere Flächen verwendet werden dürfen. Gewöhnlich scharierte sind ausdrücklich ausgeschlossen. Selbstverständlich erst recht dann gewöhnliche Fugen. Es kommt dabei gar nicht in Betracht, ob es sich um „Anschnitts-“ oder „Aufschnittsflächen“ handelt, wie dies durch den Polier der Firma Walz gelehrt unterschieden wurde. Wie sehr wir im Recht waren, bewies der eigentümliche Versuch, Abwässerungen als „gewöhnliche Fuge“ zu bezeichnen. Als gewöhnlich scharierte Fläche wurde sie nicht bezeichnet, weil man auch seitens der Unternehmer nicht im geringsten Zweifel war, daß diese bei Fassaden unzulässig sind. Nach Anhörung der Parteien ereignete sich der seltene Fall, daß der unparteiische

Aus der Geschichte des Strafrechts.

Das Strafrecht und seine Anwendung sind die Teile der Rechtspflege, die in den Kreisen der Richterinnen das größte Interesse erregen. Straftaten pflegen überall die allgemeine Aufmerksamkeit zu erwecken, und zu größeren Strafprozessen, man denke nur an die Schwurgerichtsverhandlungen, fördert das Publikum aller Kreise in dichten Scharen herbei. Selbst wenn man einen großen Teil dieses Interesses auf Rechnung der Sensationslüsterheit setzt, so bleibt immer noch genug übrig, das anders erklärt werden muß. Zwei Gründe dürften hier zur Erklärung herbeizuziehen sein. Erstlich ist das Gebiet der Strafgerichtsbarkeit dasjenige, auf dem die Macht des Staates über seine Bürger am unmittelbarsten zum Ausdruck kommt, und wo es sich daher auch am ehesten zu zeigen beginnt, wenn diese Macht mißbräuchlich angewendet wird. Man kann daher wohl ohne allzu große Uebertreibung sagen: die Strafrechtspflege ist der sicherste Ausweis über die politischen Zustände innerhalb eines Staates.

Sodann aber ist folgendes zu beachten: Das Verbrechen ist der willkürliche Eingriff eines einzelnen in die soziale Ordnung, um sie zu seinen Gunsten umzugestalten; der Verbrecher läßt es sozusagen auf eine Machtprobe ankommen zwischen sich und der Gesellschaft. Fällt sie zu seinen Gunsten aus, gelingt es ihm, die Ordnung, die die Gesellschaft aus sich heraus geboren, zu verändern, so wird dadurch der Bestand dieser Ordnung auch für alle andern Glieder des Gesellschaftsverbandes in Frage gestellt; das bedeutet aber, daß der einzelne wieder ganz auf sich selbst gestellt wird, ohne Rückhalt in einer Gemeinschaft mit andern zu finden. Diese Zerreißung des sozialen Verbandes erscheint nun den Menschen mit Recht als das größte Uebel, das sie treffen kann, und mit allen Kräften suchen sie es daher zu verhindern. Das Mittel in diesem Kampfe ist die Strafe. In ihr soll dem Verbrecher die Macht der Gesellschaft, der er glaubte spotten zu können, in ihrer ganzen Wucht zu Bewußtsein gebracht werden, damit er sie anerkenne und ihr fernerhin nicht mehr zu trotzen wage. Daher tritt die Strafe bei einer gewissen Höhe der Kultur immer als öffentliche Strafe auf, das heißt, als Zwangsmittel aller gegen den einzelnen; „die öffentliche Strafe erscheint immer und überall als eine soziale Machtausübung im Dienste sozialer Selbstbehauptung“.

Die Freiheit der Gesellschaft das Mitglied, das sich gegen ihre Ordnung auflehnt, innerhalb dieser Ordnung zur Rechenschaft zu ziehen vermag, vergeht lange Zeit nach deren Entstehen. Lange noch mangelt ihr die Kraft, den trotzigen Willen des einzelnen zu beugen, und sie hat kein anderes Mittel der Abwehr gegen ihn, als das äußerste, schärfste: sie weist ihn aus ihrem Kreise. Wer den Frieden, das höchste Gut, das sie zu erringen und zu erhalten bestrebt ist, willentlich und gewaltsam bricht, der begibt sich damit selbst des Anrechtes auf seine Segnungen: der Verbrecher stellt sich mit seiner Tat selbst außerhalb der Gesellschaft. Er wird friedlos, den Tieren des Waldes gleichgestellt, jeder kann ihn töten. Das läßt der Rache der Verletzten freien Lauf, die sich nun mit ungemessener Leidenschaft an dem Ausgestoßenen Befriedigung sucht.

Aber mit fortschreitender Kultur, die eine Stärkung der Macht der Gesellschaft und eine Verfeinerung des sittlichen Gefühls mit sich brachte, vollzogen sich in der Verbrechensabhandlung große Wandlungen. Mehr und mehr empfand man die Härte dieser Maßregel, die ohne Unterschied den schwersten wie den relativ leichtesten Missetäter in die Wildnis stieß und ihn so der Willkür ungezügelter Rachgier preisgab. Man begann allmählich die Schwere der Tat in Betracht zu ziehen und hiernach die Strafe abzumildern. Es entwickelte sich so nach und nach die Idee der Wiedervergeltung, die je nach dem Charakter des Volkes eine mehr oder weniger scharfe Ausprägung erfuhr. Bei kalt rechnenden Völkern, die ihre Leidenschaft zurückhalten verstanden, um sie im günstigsten Augenblicke um so tödlicher ausbrechen zu lassen, wie bei den Juden und den Römern, entwickelte sie sich zu einer Vergeltung im wortwörtlichsten Sinne des Satzes: „Auge um Auge, Zahn um Zahn.“

Überall ist aber das treibende Motiv noch die Rache. Die Tat des Verbrechers erscheint noch immer als eine nur den Verletzten berührende Angelegenheit, die die Allgemeinheit, die Gesellschaft, den Staat als solchen eigentlich nicht weiter berührt. So kann der Angegriffene, wenn er Herrschaft genug besitzt, um seine Leidenschaft im Zaune zu halten, sich seine Rache abkaufen lassen, sofern ihm der so winkende Gewinn die Befriedigung seiner Rachgier aufzuwiegen schien. Sobald nun der Staat sich mächtig genug fühlte, um seinen Willen durchzusetzen, griff er diesen letzten Gedanken auf: er verbot jetzt die Rache und gab

dem Verletzten nur noch ein Recht auf Bußgeld, zu dessen Erlangung er ihm aber auch behilflich war. Zugleich machte er es dem Geschädigten zur Pflicht, sich diese Buße nicht mehr eigenmächtig zu verschaffen, sondern den Staat um ihre Erlangung anzugehen. So erwarb er ein Recht der Prüfung des Racheanspruchs, und konnte Ausbrüche ungerechter Leidenschaftlichkeit und bewußten Mißbrauch überlegener Macht hintanhaltend. Noch stand zwar der Gedanke, daß vor allem dem Verletzten Genugtuung gegeben werden müsse, im Vordergrund und verdrängte alles andre, aber die Durchsetzung eines vorhandenen oder vermeintlichen Rechts auf Sühne war doch dem einzelnen aus der Hand genommen und Unbeteiligten übergeben, die ohne Vorangemessenheit nach jeder Seite hin das Richtige zu finden bemüht sein sollten.

Bei dieser Auffassung des Verbrechens und seiner Bestrafung blieb man bis tief in das Mittelalter hinein stehen. Ganz langsam nur brach sich eine neue Anschauung Bahn, bei der wir im wesentlichen heute noch stehen, und von der noch nicht abzusehen ist, in welcher Richtung sie überwunden werden sollte und könnte. Es ist das die im Anfang skizzierte Ansicht, die das Verbrechen als Angriff auf die Gesellschaft auffaßt und aus dieser Betrachtung heraus zu der öffentlichen Strafe gelangt, die nicht mehr Genugtuung für das einzelne, geschädigte Glied bezweckt, sondern die Unterwerfung des widerpenflichen Gliedes unter die Macht der Gesamtheit, oder abstrakter gesagt, unter die Macht des Gesetzes.

Für den Sieg dieser Auffassung darf die Bedeutung der Kirche nicht unterschätzt werden. Sie sah das Verbrechen an als Auflehnung gegen die göttlichen Gebote, und da sie sich verantwortlich fühlte für die Seelen aller Menschen, so sah sie ihre Aufgabe darin, den dem göttlichen Willen zumiderhandelnden über die Verworfenheit seines Tuns aufzuklären und ihn zum rechten Wege zurückzuführen. So drängte sie die Interessen des direkt Verletzten mehr in den Hintergrund, was ihr bei ihrem großen Einfluß auf die Gemüter und der Wucht der ihr zu Gebote stehenden Mittel leicht gelingen mußte, und brach dem Staate Bahn, der so die Möglichkeit hatte, sich als allein zur Strafordnung Berechtigter gegenüber den Genugtuungsansprüchen seiner Bürger durchzusetzen und zu behaupten. Dabei finden sich mannigfache interessante Uebergänge, die uns bisweisen mit

Vorsitzende erklärte, keinen Spruch abgeben zu können. Er führte aus: Als Fugen scheiden Abwässerungen ohne weiteres aus. Die Bearbeitung entspricht der gewöhnlich scharierter Flächen. Deren Verwendung an Fassaden ist aber tariflich ausgeschlossen. Als saubere Flächen sind sie aber nicht gemacht worden. Es handelt sich hier um eine im Tarif nicht vorgesehene Arbeit, weshalb er einen Spruch nicht fällen könne. Auf Anregung der Arbeitnehmerseite erklärte er, daß er Herrn Walz den Vorschlag machen würde, die Arbeiter, weil zwischen den Positionen 2 und 3 liegend, mit dem Mittelpreis zu 3.50 Mark zu bezahlen. Im Laufe des folgenden Tages wurde die Kommission noch einmal bei Herrn Walz persönlich vorstellig. Jedoch ohne Erfolg, da dieser erklärte, die Abwässerungen nur mit 3 Mark als gewöhnlich scharierte Flächen zu bezahlen.

Die außerordentlich stark besuchte Versammlung am Abend beschloß mit Einmütigkeit, an der tariflichen Bestimmung unter allen Umständen festzuhalten und die Arbeit ruhen zu lassen, bis dem Tarifvertrag Rechnung getragen wird. Ausschlaggebend für den Beschluß der Versammlung war der Umstand, daß bei ungünstigen Bestimmungen des Tarifs noch nie eine Zulage gewährt worden ist. Wichtiger aber war eine weitere Erwägung. Die Firma Hug trat an uns mit dem Ersuchen heran, die gesamten Arbeiten für das städtische Medizinalbad als gewöhnliche scharierte Flächen zu machen, da nur ein grober Sieb verlangt werde und es nicht so auf Feinheit der Ausführung ankomme. Dieser Bau hängt aber mit dem fertiggestellten Schwimmbad zusammen. Naturgemäß muß die Ausführung der Arbeiten die gleiche sein, wie an diesem, und diese sind sauber schariert. Daß sie gleich diesen ausfallen, dafür würde schon die bekannte Praxis der Poliere sorgen.

In dem Augenblick, wenn wir die Zulassung gewöhnlich scharierter Flächen an Fassaden bei Herrn Walz hätten durchgehen lassen, wäre kein stichhaltiger Grund mehr vorzubringen gewesen, Herrn Hug und andern Unternehmern dasselbe zu verweigern. Sauber scharierte Flächen wären eine leere Position des Tarifs geworden. Niemals dürfen wir die Hand bieten, während der Gültigkeitsdauer eines Tarifs willkürliche Änderungen vorzunehmen zu lassen. Nach erfolgter Arbeitsniederlegung hat sich denn auch Herr Walz von der Berechtigung unseres Festhaltens an den Bestimmungen des Tarifs überzeugt und es wurde vereinbart, daß die Abwässerungen als saubere Flächen zu bearbeiten und zu bezahlen sind. Soweit solche bisher nur gewöhnlich schariert worden sind, werden sie nur zu 3 Mark bezahlt.

In Straßburg ist das der zweite Fall ähnlicher Art. Vor zwei Jahren wurde versucht, Lagerfugen als gepixte Mauerfugen zu bezahlen. Schließlich mußte auch in diesem Falle die Bezahlung als Lagerfugen erfolgen.

Ein Wort noch an Herrn Walz!

Gelegentlich der Verhandlungen über den vorliegenden Fall wurde uns wiederholt der Vorwurf des Vertragsbruches gemacht. Wir weisen diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurück. Daß die Vertragsbrecher nicht auf Seiten der Arbeitnehmer zu suchen sind, ist wohl hundertfach bewiesen. Wir weisen nur auf die letzten Vorgänge in Hamburg oder auf die Ausführungen des Herrn Schmelze in seiner Broschüre über die Tarifverträge.

Den Kollegen allerorts soll aber der Verlauf der Angelegenheit ein Beweis sein, was Einigkeit und Zusammenschluß der Verbandsmitglieder vollbringen kann. Nicht mit dem Abschluß der Tarifverträge sind wir schon über den Berg, sondern fortgesetzter eifriger Wachsamkeit bedarf es, um die errungenen Vorteile zu erhalten. Wie sagt doch der Dichter: „Was du erbtst von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen.“

Korrespondenzen

Berlin. Eine gutbesuchte Versammlung der Sektion II (Marmorarbeiten) beschäftigte sich mit dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht 1908 zusätzlich des 1. Quartals 1909 der damaligen Ortsverwaltung. Die ganze Berichtszeit war von einer ungünstigen Geschäftslage begleitet, weshalb Kündigungen, Verschärfung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht geführt werden konnten. Zum Teil mußten sogar Verschlechterungen in den Kauf genommen werden. Zur Linderung der Not arbeitsloser Kollegen wurde im März d. J. eine einmalige Notstandsunterstützung ausgegeben. Die ¼ Jahre früher von der Ortsverwaltung, im Anschluß an den letzten Verbandstag in Kassel, geplante Einführung einer örtlichen Erwerbslosenunterstützung wurde damals abgelehnt, weil mit den vorhandenen Mitteln eine solche nicht durchführbar war, eine Beitragserhöhung jedoch nicht die Unterfütterung der Kollegen fand. Schon die jetzige Beitragshöhe sei, wie aus dem Jahresbericht hervorging, eine Erschwerung zur Gewinnung der Hilfsarbeiter, denen in andern modernen Organisationen für geringere Beiträge größere Vorteile auf dem Gebiete des Unterstützungswesens geboten würden. Seine Ausführungen gipfelten in dem Wunsch, Mittel und Wege zu ergreifen, um den Hilfsarbeitern die Zugehörigkeit zu unserer Organisation zu erleichtern. Demgegenüber wurde von anderer Seite ausgeführt, daß sich die Erhöhung der Verbandsleistungen mit einer Herabsetzung der Beiträge nicht vertrüge, wie auch darauf hingewiesen wurde, daß die Erweiterung unseres Unterstützungswesens bereits geplant sei und voraussichtlich schon auf dem nächsten Verbandstage zum Beschluß erhoben würde. Dort wird jedenfalls auch ein Hilfs-

handgreiflicher Deutlichkeit zeigen, wie der Raueanspruch des Verlehten vom Staat übernommen wird; so hatte bei der Pfählung als Strafe der Notzucht die geschändete Frau die ersten drei Schläge auf den Pfahl zu tun, die übrigen aber der Henker!

Werfen wir nun noch einen kurzen Blick auf die Arten der Strafe und ihren Vollzug.

Die Ausbildung der Strafen unterlag den mannigfaltigsten Einflüssen. Neben dem Gedanken einer kaltblütig ausgelegelten Wiedervergeltung stehen wohl als älteste religiöse Momente. So finden wir bisweilen die Opferung als Todesstrafe; es ist aber damit keineswegs gesagt, daß das Menschenopfer immer Strafe gewesen sei; im Gegenteil, die Opferung als ausdrückliche Strafe kommt nur selten vor, so bei der Tempelschändung, wichtiger aber sind die Gestaltungen, die die Strafen infolge der Ansichten über die Seelen der Verstorbenen erführen. Da man die Wiederkehr der Getöteten fürchtete, so suchte man ihnen diese unmöglich zu machen, indem man die Verbrecher entweder im Sumpfe ersticke und Dornestrüpp über sie warf, so daß sie nicht wieder aufstehen konnten, wie man glaubte, oder sie lebendig begrub und dann einen Pfahl durch ihren Leib schlug, sie wohl auch noch mit Dornen bedeckte. (Strafe des Pfählens.)

Aus den Handlungen privater Vergeltung, die den Verbrecher nach dem Grundsatz „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ bestrafte, entwickelten sich im Mittelalter die sogenannten spiegelbildlichen Strafen, bei denen man den Missetäter an dem Gliede strafe, mit dem er gesündigt hatte; so hieb man dem Meinschändigen die Schwurfinger ab, dem Münzfälscher die Hand usw. Zu diesen verurteilenden Strafen kommen dann andre, die als beschimpfende Strafen gedacht sind, wie Abschneiden der Nase, der Ohren. Ueberhaupt spielten diese letzteren besonders im Mittelalter und noch lange nachher eine große Rolle, wobei sich nicht selten ein grimmiger Humor offenbarte, so wenn der Übeltäter verkehrt auf einem Esel sitzend und dessen Schwanz als Zaum in der Hand haltend durch die Straßen der Stadt reiten mußte, oder wenn er in Meer und darauf in Federn gewälzt wurde, und mit dieser Tier nun wochenlang zum allgemeinen Gespött herumlief.

Ihren Höhepunkt erreichte die Grausamkeit der Strafen, als man begann, in ihnen Abschreckungsmittel gegen künftige Verbrechen zu sehen und zugleich die Zahl dieser Verbrechen infolge

arbeitern im Verufe mehr als bisher Rechnung getragen werden. Kollege Ohngemach legte die in unseren Verhältnissen liegenden Ursachen dar, welche eine Konkurrenz mit andern, hauptsächlich auf dem Unterstützungsweisen basierenden Gewerkschaften nicht ermöglichen. — Der Massenbericht wurde ohne Diskussion entgegengenommen. Gewünscht wurde nur, daß die wegen rückständiger Beiträge Gestrichenen namentlich aufgeführt werden. In fünf Vierteljahren der Berichtszeit war eine Einnahme von 8580.70 Mk. und eine Ausgabe von 8292.81 Mk. zu verzeichnen. Ueberschuß und Bestand vom Vorjahre ergibt die Summe von 842.26 Mk., welche bei der Verschmelzung beider Berliner Verbandskassen in das gemeinsame Eigentum der Berliner Kollegenschaft übergegangen ist. Der Mitgliederbestand betrug 203 Kollegen. — Der nächsten kombinierten Versammlung wurde die Neueinführung einer Kränzende empfohlen. (An Stelle derselben wird den Hinterbliebenen Verstorbenen zurzeit ein örtliches Sterbegeld gewährt.) — Einen schönen Erfolg hatte die Einigkeit der Kollegen (Handschleifer) bei Jache-Weissensee. Die ihnen im März gemachte Lohnreduzierung von 5 Pfg. pro Stunde wurde vom Inhaber, Herrn Gottschalk, „aus freien Stücken“ zurückgezogen. Die Kollegen erhalten wieder einen Stundenlohn von 65 Pfg. Es wäre zu wünschen, daß unsere gesamte Kollegenschaft in diesem Betriebe dem Ueberstundenwesen, namentlich der willkürlichen Festsetzung derselben, mehr als bisher zu Leibe ginge. — Die Versammlung fand ihren Abschluß mit einem Appell zur Beteiligung an dem am Sonnabend, den 3. Juli, in der Kronenbrauerei, Altmoabit 47/49, stattfindenden Sommerfeste.

Dortmund. Nachdem die Geschäftsleitung der Westdeutschen Marmor- und Granitwerke seit geraumer Zeit des öfteren den Kollegen die Löhne kürzt, was auch wiederholt an dieser Stelle dargelegt wurde, ist dieselbe in voriger Woche daran gegangen, auch den Lohn auf der Baustelle zu kürzen. Es wurde einigen Kollegen angeboten, auf der Baustelle in Zukunft von dem Tage an um 5 Pfg. pro Stunde billiger zu arbeiten; als dieselben das Anerbieten ablehnten, wurden diese rücksichtslos entlassen. Es fanden daraufhin zwei Besprechungen und am Sonntag eine außerordentliche Versammlung statt behufs Stellungnahme gegen die Willkürherrschaft der obgenannten Geschäftsleitung. Es wurde beschlossen, am Montag, den 21. Juni, die Arbeit niederzulegen, was auch bereits erfolgt ist. Zum Schluß der Versammlung ermahnte der Vorsitzende, daß sich alle als Kollegen während der Bewegung zu erweisen haben, damit kein geschehlicher Verstoß stattfindet.

Dortmund. In Hüsten a. d. Ruhr stellten die Kollegen bei der Firma H. Dohs am 12. d. Mts. eine Lohnforderung. Zwar sollten alle gelernten Steinregler, Stößer und Brecher sowie die Poliere einen einheitlichen Lohn von 60 Pfg. erhalten. Die 14tägige Lohnzahlung sollte durch eine wöchentliche ersetzt werden. Mündlich wurde nun von Herrn Dohs dieses zugestanden. Hiermit aber waren wir nicht zufrieden und bestanden darauf, dieses tariflich auf ein Jahr festzulegen. Hiergegen wehrte sich die Firma schwer und wollte uns die Unterschrift unter den von uns vorgelegten Tagelohnvertrag nicht geben. Wir stellten eine Frist bis zum 17. Juni, morgens 10 Uhr, worauf der Herr Dohs uns auslachte. Es wurde 10 Uhr und die Kollegen wurden zu einem Bubenrecht angesprochen. Als Herr Dohs die Einigkeit der volljährig organisierten Kollegen sah, bequeme er sich schon mittags 2 Uhr, den Tarif zu unterschreiben. Wieder ein schöner Erfolg ohne Opfer, welchen allein die Zugehörigkeit zur Organisation der Steinarbeiter gebracht hat. Wieder eine Breche in dem schwarzen Ruhrthal.

Essen. Unsere Versammlung fand am 19. Juni statt. Im Punkt Geschäftliches machte der Vorsitzende die Kollegen auf die Quartalsabrechnung aufmerksam. Er ermahnte die Restanten, bis zur Abrechnung ihre Beiträge zu bezahlen. Im ersten Quartal berichtigte man noch die schlechte Konjunktur. Im zweiten Quartal fällt dies aber doch fort, weil der Geschäftsgang sich doch einigermaßen gehoben hat. „Acht ganz ohne Schuld sind auch die Blagaffierer, wenn Kollegen mit der Beitragszahlung zurückbleiben.“ Von Seiten der Kollegen blieb nun auch der Vorstand nicht ohne Mühe, weil er nicht genügend in die Bewegung eingriff. Aber derselbe betonte hierauf, daß man die ganze Arbeit nicht allein auf ihn abwälzen sollte, sondern daß die Kollegen sich mehr geistig betätigen und daß sie vor allen Dingen der Arbeiterpresse und dem Sachorgan mehr Beachtung schenken sollten. Auch ständen genug Broschüren zur Verfügung, die wohl jeder instande wäre, sich anzuschaffen.

Kirchhausen. Da verschiedene Mißverständnisse unter den Kollegen herrschten, machte es sich nötig, eine Vorstandswahl vorzunehmen. Diese fand am 16. Juni statt. Zum ersten Vorsitzenden wurde Peter Fischer mit Majorität wiedergewählt. Zum Kassierer wurde Michael Vernbecher, welcher schon in Blauberg als solcher tätig war, ernannt und zum Schriftführer wurde Kollege Mosmüller gewählt. Nun hoffen wir, daß auch in der Zahlstelle Kirchhausen der Friede wieder hergestellt ist. Ein jeder weiß es und muß es wissen, welches Los uns der kommende Winter bringt. Noch sind bis jetzt nicht die geringsten Schritte gemacht, welche Taktik zu der bevorstehenden Lohnbewegung einzuschlagen sind. Kollegen, wenn wir so weiterfahren, dann werden wir uns über den Tarif, den die Meister vorlegen, nicht mehr zu beklagen haben. Schon jetzt hätten wir eine gewaltige Arbeit zu leisten, um nur einigermaßen die herrschenden Mißstände zu beseitigen. Betrachten wir die Betriebe, so finden wir einen sehr christlichen Betriebsleiter, der zwar

ber elenden sozialen Zustände gegen Ende des Mittelalters eine erschreckend hohe wurde und lange Zeit blieb. Ganz abgesehen von den vielen Tausenden von Opfern, die der Hexen- und Teufelsglaube forderte und die allesamt dem Scheiterhaufen verfielen, abgesehen auch von der ungeheuren Härte der Strafdrohungen überhaupt, gefiel sich die Phantasie der durch die gemohnheitsmäßige Anwendung der Folter abgestumpften Zeit in der Erfindung immer neuer Strafen, die eine unmensliche Grausamkeit erreichten. So wurde als Straffähigung bei allen Todesstrafen das „Reißen mit glühenden Zangen“ angewandt, so gelangte man zum Vierteln, zum „Tode durch das Rad von unten auf“, wobei dem Verurteilten die Gliedmaßen und Rippen mit einem schweren Rade zerschmettert wurden und er dann auf dieses gestochen, und zum „Därmen“, wohl dem Scheußlichsten, was die Menschheit je erdacht hat: dem zu dieser Strafe verurteilten Verbrecher wurde ein Loch in den Leib geschnitten, ein Stück Darm herausgerissen und an einen Baum genagelt, um den das Opfer dann so lange gepeitscht wurde, bis es zusammenbrach.

Diese ungeheuerlichen Strafdrohungen bestanden zum Teil noch bis weit in das Aufklärungszeitalter hinein; die Folter wurde in einzelnen Teilen Süddeutschlands erst im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts abgeschafft! (So sei als Beispiel erwähnt, daß in Preußen in den zwanziger Jahren des 18. Jahrhunderts für Einbruchsdiebstahl als Strafe das Hängen angedroht wurde, und daß ein Jahr vor der Thronbesteigung Friedrichs des Großen, 1739, eine Verordnung erging, nach der jeder, der es wagen würde, in einer Sache, die bei Gericht anhängig war, dem Könige durch einen Wachsoldaten oder sonstige unmittelsbar eine Wittschrift überreichen zu lassen, zur Strafe und andern zum abschreckenden Exempel am Galgen aufgehängt werden sollte mit einem Hunde neben sich!)

Wir haben bis jetzt eine Gruppe von Strafen, die heute die wichtigste ist, noch nicht erwähnt: die Freiheitsstrafen. Sie erscheinen in der neueren Strafrechtsgeschichte ziemlich spät, während sie die Römer schon kannten, und zwar in Form der Zwangsarbeit in Bergwerken. Der Grund dafür ist einerseits, daß ihre abschreckende Wirkung zu gering erschien, da man sie nicht mit Arbeitszwang verband, und andererseits, daß es an dem nötigsten zu ihrer Durchführung fehlte: am Geld. So sah man

seinen Arbeitern alles verspricht, aber nichts zu halten imstande ist. Ein anderer sagt zu seinen Brechern, die Werkstücke werden nicht mehr zugerichtet, weil es ihm zuviel kostet. Er kümmert sich nicht darum, daß er dabei einen großen Tarifbruch begeht. Ein anderer sagt zu einem Steinregler, von dem er weiß, daß er gefügig und ein tüchtiger Wuchter ist, das Stück muß um diese Zeit fort, obwohl die doppelte Zeit dazu in Anspruch genommen werden müßte. Der Kollege macht es, weil er sich auf seine Wuchterei und seinen Unverstand etwas einbildet. Er hat aber dabei vergessen, die Ueberstunden einzutragen, diese verstoßen ja auch gegen das Gesetz. Betrachten wir uns die Gewerbeinspektion. Diese hat es längst vorgezogen, die Kontore eingehend zu besichtigen, während Buben und Brühe Nebenache geworden sind. Hier wäre zu empfehlen, daß von der Zentrale oder Gauleitung Fragebogen ausgegeben werden, was bereits schon in manchen Gauen geschieht, in welchen alle vorhandenen Mißstände einzutragen sind. Dann werden diese der Gewerbeinspektion übermittelt.

Königsberg. Am 14. Juni tagte hier eine außerordentliche Versammlung. Es wurden hauptsächlich von den Schleifern vom Platz Eckardt Beschwerden zur Sprache gebracht. Da Was Eckardt eine Grabsteinfirma ist, wurden vor Pfingsten für die Ueberstunden, welche die Kollegen gemacht haben, die Prozente gezahlt. Dieses änderte sich aber gleich nach den Festtagen. Trotzdem genügend Arbeit vorhanden war und weiter Ueberstunden gemacht werden sollten, weigerte sich der Geschäftsführer, die Prozente für die Ueberstunden zu zahlen. Die Kollegen, die bessere Lohnbedingungen verlangen, sollen auf die Strage gesetzt werden. Dann hat der in letzter Nummer des „Steinarbeiter“ angeführte Gelbe Klotzche versucht, hier festen Boden zu fassen. Da die Kollegen nun aber von diesem sauberen Herrn in Kenntnis gesetzt worden waren, mußten wir gegen diesen Stellung nehmen, er trotzte unverrichteter Dinge von dannen.

Kürnbach. Am 20. Juni fand unsere Monatsversammlung statt, welche trotz guter Einladung schlecht besucht war. Durch geheime Abstimmung wurde mit Majorität beschlossen, vom 1. Juli 1909 in der zweiten Beitragsklasse zu steuern. Im Punkt Berichtigendes wurde das willkürliche Entlassungssystem einiger Unternehmer stark gerügt, indem diese Herren immer Arbeitsmangel vorhingen. Als wir noch im wilden Afford-Tagelohn arbeiteten, keine Forderungen stellten und jeder Unternehmer nach Belieben auszahlen konnte, da war in unserer Brudergemeinde Arbeitsmangel. Und jetzt soll auf einmal Arbeitsmangel sein. Die Unternehmer meinen, wenn unter den Kollegen die Wuchterei so weiter geht, dann werden die schwächeren Arbeiter bald alle entlassen werden können. Die Meister wollen dadurch auch das Bestehen der Zahlstelle gefährden. Sie verrechnen sich.

Literarisches.

Gesetz über die Sicherung der Vorforderungen. Bearbeitet von Dr. Eduard Garnier. Verlag von J. Guttentag, Berlin. Preis 1 Mark. — Das schön ausgestattete Buch ist den Interessenten zur Anschaffung nur bestens zu empfehlen.

Die Statik des Eisenbetonbaues von Oberingenieur Schmiedel. G. W. Kreidels Verlag, Wiesbaden. Preis 3 Mk. — Der Verfasser hat mit großem Fleiß seine Aufgabe glänzend gelöst. Der Betonbau hat im Bauwesen solche Neuerungen nach sich gezogen, daß aus diesem Grunde schon eine besondere Literatur entstehen wird. Für die Techniker ist Schmiedels Buch unentbehrlich.

Mathematik für jedermann. Von A. Schuster. Union Deutsche Verlagsanstalt. Stuttgart, Leipzig, Berlin. Preis elegant gebunden 4.50 Mark.

Durch Selbststudium kommt man in der Mathematik gewöhnlich nicht weit. Der Verfasser aber hat so gruppiert, daß es eine wahre Freude ist, sein Buch durchzuarbeiten. Insbesondere gefüllt uns seine ungemein populäre Darstellungsweise. Wo das Buch weite Verbreitung finden.

Arbeiter-Gesundheitskalender auf das Jahr 1910 für das gesamte werktätige Volk. Süddeutsche Verlagsanstalt München. Sendlingerstr. 20. Der Kalender kostet bloß 50 Pfg. Die Anschaffung kann sehr warm empfohlen werden.

Der schriftliche Verkehr und die Redekunst in jeder Lebenslage, verbunden mit eingehenden Erläuterungen der mit dem Schriftwechsel mit Gerichtsbehörden wichtigsten Rechtsgebiete. Herausgegeben von Professor L. Werner. Verlag von Bonnek u. Hochfeld-Potsdam. (2 Bände, je 12 Mark.) — Für diejenigen, die viel mit Gerichtsbehörden zu tun haben, können die beiden Bände sehr empfohlen werden. Was über die Redekunst gesagt wird, kann nicht besonders glücklich genannt werden.

Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur. Im Auftrage der Generalkommission der Gewerkschaften zusammengestellt von Johann Sassenbach. (Nachtrag zur 3. Ausgabe, 1908.)

Jahrbuch des Deutschen Transportarbeiter-Verbands 1908. Verlag des Zentralverbandes. Das Buch ist 292 Seiten stark und mit großer Sorgfalt ausgearbeitet.

Lohnstatistik der Porzellanarbeiter für das Jahr 1908. Verfaßt von Georg Wolmann. Die Arbeit ist eine gründliche.

sich im 18. Jahrhundert, als sie anfangen häufiger zu werden, gezwungen, die Verurteilten in Untersuchungsgefängnisse, in Arbeitshäuser (Korrektilanstalten, Zuchtshäuser genannt, aber nicht mit den heutigen zu verwechseln) und schließlich in die Spitäler zu stecken! Gleichfalls von fiskalischen Interessen beeinflusst, freilich in anderem Sinne, waren und sind noch heute die Vermögensstrafen, um derenwillen in Spanien ohne jeden Grund Scharen wohlhabender Leute der Inquisition denunziert wurden, und zwar von Staats wegen, der dann ihre Vermögen einzog. Sie spielen heute die Hauptrolle bei den Zoll- und Steuerhinterziehungen.

Der Vollzug der Strafen lag noch bis ins späte Mittelalter zum Teil bei dem Verlehten, was leicht erklärlich ist, da eben die Strafe als dessen persönliche Sache gedacht war. Erst ganz allmählich ging mit der Aenderung in der Auffassung vom Wesen der Strafe die Vollstreckung der Urteile an den Staat über, der sie nun teilweise nichtamtlichen Organen übertrug (so mußte bisweilen der jüngste Chemann einer Stadt die Urteile ausführen), die aber schließlich ganz von dem amtlichen Vollzugsorgan verdrängt wurden, und zwar vom Henker, da ja die Mehrzahl der Strafen Leib- und Lebensstrafen waren.

Dabei möchten wir zum Schluß noch hervorheben, daß der Henker als solcher keinesfalls, wie meist geglaubt wird, von Anfang an unehrlich war, was auch aus dem Letztgesagten erklärlich ist: übernahm er doch nur die Funktion des Verlehten, führte er ursprünglich doch nur dessen Rache aus. Erst deshalb, weil er oft zugleich Schinder (Abbecker) war, dessen Handwerk immer als schimpflich galt, und vielleicht auch infolge der Roheit und Scheußlichkeit der Strafen, die er im Laufe der Zeit zu vollstrecken bekam, wurde er unter das unehrliche Volk gerechnet. Unsere Zeit, ob sie die Todesstrafe, zum Teil mit großer Heftigkeit, bekämpft oder ob sie für ihre Erhaltung eintritt, sieht wohl ausnahmslos im Henker eine Person, der jedes tiefere Gefühl abgeht, und das mit Recht, denn wenn er auch nur der Vollstrecker eines Urteils ist, das andre, deren Feingefühl unbestritten bleiben soll, fällt, so bleibt doch ein weiter Abstand zwischen der theoretischen Anerkennung der Todesstrafe und ihrer persönlichen Vollstreckung, und das Gefühl normaler Menschen empört sich dagegen, die Tötung von Menschen gewerkschaftlich betrieben zu sehen.